Amtliches Mitteilungsblatt

Preis 0,20 RM.

des Stadt- und Landkreises Bielefeld

Herausgegeben mit Genehmigung der Militärregierung unter NRW / Pric / Press / 43 vom 23. Dezember 1946.

Nr. 12/13. Bielefeld, den 7. Juni 1947. Erscheint sonnabends

Tagesfragen vor der Kreisvertretung

Landrat Baurichter über die Lage im Kreis Bielefeld

Bielefeld, 7. Juni 1947.

Die Sitzung der Kreisvertretung des Landkreises Bielefeld vom 4. Juni erledigte folgende Tagesordnung:

Punkt 1: Begrüßung des Regierungspräsidenten Drake und Bericht des Landrats über die Lage im Kreis.

Landrat Baurichter: Meine Damen und Herren! Die Landes-Regierung hat Herrn Regierungs-Präsidenten Dr. Zenz abberufen und den bisherigen Lippischen Landes-Präsidenten, Drake, zum Regierungs-Präsidenten ernannt unter gleichzeitiger Verlegung des Dienstsitzes von Minden nach Detmold. Herr Regierungs-Präsident Drake hat zu unserer Freude von sich aus den Wunsch geäußert, mit den Kreis-Vertretungen seines Bezirkes enge Fühlung zu nehmen. Ich habe ihn daher zu der heutigen Kreistags-Sitzung eingeladen und heiße ihn als Ehrengast herzlich willkommen. Ich bedaure es, daß er nicht mehr als Preußischer Regierungs-Präsident zu uns kommt, sondern als Regierungs-Präsident eines der Kleinstaaten, in die man Preußen aufgeteilt hat in der Meinung, — deren Richtigkeit man bezweifeln kann — daß man nur den Preußischen Staat als Organisationsform zu zerschlagen braucht, um auch den sogenannten preußischen Geist im Sinne einer aggressiven militanten Politik zu beseitigen. Vielleicht macht man sich im Ausland einmal Gedanken über die Vernunft einer Politik, die im Zeichen der Großraumbildung, der von Churchill und anderen führenden Engländern propagierten „Vereinigten Staaten von Europa", im Zeichen der modernen, Raum und Zeit überwindenden Verkehrsmittel in Mittel-Europa eine als Dezentralisierung, oder förderalistisch, oder wie immer bezeichnete staatliche Gliederung anstrebt, die zum mindesten die Gefahr einschließt, daß sich balkanähnliche Zustände in Deutschland entwickeln. Es bleibt zu hoffen, daß der Zwang wirtschaftlicher und verkehrsmäßiger Notwendigkeiten auf die Dauer stärker sein wird als die

Willkür einer kurzsichtigen Sicherheits-Politik,

die aus der Angst geboren ist und rein formale Regelungen schafft, denen jeder konstruktive Plan auf lange Sicht fehlt; Regelungen, die deshalb nicht eine Sicherung, sondern eine Gefährdung des Friedens im hohen Maße bedeuten.

Auch innerstaatlich stehen wir vor der Aufgabe eines neuen Verwaltungs-Aufbaues. Welche Stufen und wieviel dieser Aufbau haben wird, ob der Regierungs-Präsident als Mittel-Instanz zwischen der Landes-Regierung und den Kreisen als unterste Verwaltungs-Stufe bleibt oder wegfällt, welche Funktionen er haben wird, wenn er bleibt, alles das steht im Augenblick noch nicht fest. Wir beobachten auf seiten der Regierung gewisse Tendenzen, das Aufsichts- und Weisungsrecht des Staates gegenüber den Stadt- und Landkreisen möglichst auszudehnen. Gerade in diesen Tagen ist ein Erlaß eingegangen über die Beteiligung des Regierungs-Präsidenten bei der Ernennung von Kommunal-Beamten, dem wir keinesfalls zustimmen können. Dem stehen auf seiten der Selbstverwaltung Bestrebungen gegenüber, die zum Teil so weit gehen, daß ihre Realisierung praktisch die Bildung mehr oder weniger selbständiger Stadt-Staaten bedeuten würde. Man muß beide Extreme ablehnen und kann nur wünschen, daß ein

ausgewogenes Verhältnis zwischen staatlicher Aufsicht und Selbstverwaltung,

d. h. also in Bezug auf die Landkreise zwischen Regierungs-Präsidenten und Landrat bzw. Kreistag gefunden wird. Ich bin gewillt, und es ist meine Ueberzeugung, daß der Kreistag mich dabei unterstützt, die Rechte der Selbstverwaltung unbedingt zu wahren, aber auf der anderen Seite auch dem Staat zu geben, was er billigerweise fordern muß, wenn er kein Nachtwächter-Staat sein und die größeren politischen Aufgaben überörtlicher Art lösen will.

Wir wissen, daß wir einstweilen in dem Aufbau unserer Verwaltung nicht ganz frei sind und die Besatzungsmacht zumindest den vorläufigen Aufbau, den wir z. Zt. haben, wesentlich beeinflußt hat. Inzwischen haben die Deutschen gewisse Rechte der Selbstregierung und Selbstverwaltung übertragen bekommen. Die Militär-Regierung beschränkt sich insoweit auf eine bloße Beratung und Kontrolle. Diese Umstellung ist im Landkreis Bielefeld verhältnismäßig reibungslos durchgeführt worden. Ich möchte soweit gehen, das Verhältnis, das in unserem Kreis zwischen dem Kreis-Offizier, der die Ueberwachung seitens der Besatzungsmächte ausübt, und den Organen der Selbstverwaltung besteht, als vorbildlich zu bezeichnen. Wir sind nicht so bescheiden, daß wir unser eigenes Verdienst hieran unter den Scheffel stellen. Auf der anderen Seite muß aber in aller Oeffentlichkeit einmal festgestellt werden, daß dieses angenehme Verhältnis zum großen Teil dem Kreis-Offizier, Herrn Oberst Reeve, zu danken ist, der mit seiner vornehmen Gesinnung, seinem Humor, seinen verbindlichen Umgangsformen und mit seinen jahrzehntelangen Auslandserfahrungen uns als Besiegtem den Verkehr mit dem Sieger, der oft bitter und unangenehm ist, nach besten Kräften erleichtert. Ich möchte nur wünschen, daß in allen Fällen das Verhältnis so vorbildlich wäre, wie es sich zwischen unserem Kreis-Offizier und den deutschen Stellen entwickelt hat.

Soweit nun der Kreis auf den Neuaufbau der Verwaltung Einfluß hat, z. B. durch den Deutschen Landkreistag als zentralem Zusammenschluß aller Landkreise, werden wir uns nicht von Schlagworten leiten lassen oder irgendwelche Prinzipien — mögen sie Selbstverwaltung, Dezentralisierung oder anders heißen — abstrakt durchführen, sondern wir werden allein fragen, welche Formen, welcher Aufbau der Verwaltung und welche Zuständigkeitsverteilungen am zweckmäßigsten sind, um ein Verhältnis zwischen Verwaltung und Bevölkerung zu schaffen, das beide Seiten zufrieden stellt.

Eins steht jedenfalls heute schon fest: Mit der

schematische Uebertragung englischer Regelungen auf deutsche Verhältnisse

ist es nicht getan. Wir stehen mitten in einer Revolution nicht nur in der Welt-Politik, wo eine Frontbildung zwischen den beiden Kolossen der USA und der Sowjet-Union entstanden ist, die immer mehr zu erstarren droht, sondern auch in einer Revolution der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die England ebenso wie alle anderen Länder ergriffen hat.

Das englische Unterhaus hat vor einigen Wochen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beschlossen, die in England seit Jahrhunderten als „furchtbarste Verkörperung der Macht des Staates über den Einzelnen", als

Sitzung der Stadtvertretung

am Mittwoch, den 11. Juni 1947, 15.15 Uhr.

Tagesordnung:

1. Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung. 2. Mitteilungen. 3. Bericht des Brennstoffausschusses zur Brennstofflage. 4. Bericht des Bauausschusses über Schutträumaktion. 5. Stellungnahme zur Frage der Aufnahme weiterer Flüchtlinge. 6. Verkauf des Sportplatzes „West" an den Sportverein — Treuhand Sportplatz „West". 7. Unentgeltliche und zeitlich begrenzte Ueberlassung der an den Schlachthof anschließenden Grünanlage an die Fleischerinnung für Zwecke des Mittelmarktes. 8. Bereitstellung von Volksschulen für die praktische Ausbildung der Schüler der Pädagogischen Akademie in Bielefeld. 9. Stellungnahme zur Verfügung des Regierungspräsidenten vom 28. April 1947 — II M 538 —, betr. Lehrerstellenbesetzung vor Verabschiedung des neuen Landeshaushaltsplanes. 10. Antrag der Industrie- und Handelskammer auf Vertretung im Ausschuß der gewerbl. Berufsschulen. 11. Einrichtung von Textilfachklassen an der gewerblichen Berufsschule für Jungen. 12. Einrichtung von Fachklassen für das graphische Gewerbe an der gewerblichen Berufsschule für Jungen. 13. Genehmigung des Wirtschaftsplanes 1947 der Stadtwerke. 14. Wahl der Schiedsmänner. 15. Ersatzwahl für Dr. Kleineberg als Vorsitzenden des Kreissonderhilfsausschusses. 16. Benennung von Bürgern der Stadt, die zur aktiven Mitarbeit bei der Neugründung des Fremdenverkehrsverbandes „Weserbergland" geeignet und bereit sind.

I. V. Carlmeyer, Stadtkämmerer.

Die Publikum-Verkehrszeiten

bei den Dienststellen der städtischen Verwaltung sind ab sofort wie folgt festgesetzt: Montag bis Freitag 8.30 bis 12.30 Uhr, Sonnabend geschlossen. Abweichend von dieser allgemeinen Regelung sind für folgende Dienststellen die angegebenen Sonderregelungen getroffen worden: Städt. Verkehrsamt: Montag bis Freitag 8—13 und 14.30 bis 17.00, Sonnabend 8 bis 13.00. Städt. Wohnungsamt: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 8.30—12.30 Uhr. Bauaufsichtsamt: Montag, Mittwoch, Freitag 8.30 bis 12.30 Uhr. Straßenverkehrsamt und Laderaum-Verteilungsstelle: Montag, Mittwoch, Freitag 8.30 bis 12.30, Sonnabend (nur lebenswichtige Transportangelegenheiten, die keinen Aufschub dulden) 8.30 bis 12.30. Kartenstellen des Ernährungsamtes: Montag bis Freitag 8.30 bis 14.00. Stadtsparkasse: Montag bis Freitag 8.30 bis 12.30 und 14.30 bis 15.30 Uhr. Sonnabend 8.30 bis 13.00 Uhr.

Stadt Bielefeld.

„Bedrohung der staatsbürgerlichen Freiheit und des Gewissens zugleich" bekämpft worden ist. Ein konservativer Redner hat die Wehrpflicht als „gräßlich, unbritisch und undemokratisch" bezeichnet. Trotzdem ist das Gesetz mit 386 gegen 85 Stimmen in zweiter Lesung vom Unterhaus angenommen worden; ein einzigartiger Beschluß, mit dem England zum ersten Male in seiner Geschichte im Frieden die allgemeine Wehrpflicht einführt, was der Redner der Liberalen als „die größte konstitutionelle Revolution Englands seit Menschengedenken" bezeichnete. Dieser Vorgang beweist jedenfalls, daß die führenden Politiker Englands gewillt sind, sich der Wandlung der wehrpolitischen Lage anzupassen. Und sie sind dazu nicht nur in der Außenpolitik entschlossen, sondern haben auch in der Innenpolitik Aenderungen durchgeführt, die revolutionär sind und im

Widerspruch zu den überlieferten Traditionen des englischen Verfassungslebens stehen.

Das gilt insbesondere auch auf dem Gebiet der Selbstverwaltung. Zwar sind die alten Formen der Selbstverwaltung weitgehend erhalten geblieben, aber diese Formen sind erstarrt und entleert. Die Selbstverwaltung ist sozusagen auf kaltem Wege weitgehend abgebaut worden zu Gunsten einer straffen Zentralisierung durch den Staat. Wenn in England daher z. Z. die verschiedensten Vorschläge zur Verbesserung des englischen Systems diskutiert werden, darunter **selbst Vorschläge für die Uebernahme eines System**s, das der deutschen Bürgermeister- oder Magistrats-Verfassung entspricht, so ergibt sich daraus, wie absurd es ist, dieses in England selbst praktisch weitgehend beseitigte System abzuklatschen und es phantasielos auf deutsche Verhältnisse zu übertragen. Selbst wenn das im Frieden möglich wäre, würde man mit dieser Ordnung unter den heutigen anormalen und chaotischen Zuständen nicht arbeiten können. Wir werden daher ein neues System der Selbstverwaltung schaffen müssen, das im Gegensatz zu der z. Z. auf Befehl der Engländer eingeführten

Gemeinde-Ordnung den Stempel „Made in Germany"

trägt.

Wenn aber die Engländer glauben, daß ihre Grundsätze soviel besser sind als die unsrigen, so werden sie uns am ehesten überzeugen, wenn sie diese Grundsätze, beispielsweise das Prinzip der Dezentralisierung, zunächst einmal in der Praxis ihrer eigenen Besatzungsbürokratie anwenden würden. Was wir praktisch dort erleben, ist zum Teil schlimmster Zentralismus. Es hat mir zum Beispiel in diesen Tagen ein Bericht über die Abwicklung des Zahlungs-Verfahrens bei der Unterhaltung des Ausländer-Krankenhauses in Senne I vorgelegen. Das Krankenhaus hat keinerlei Kassenmittel, um Zahlungen an Lieferanten zu leisten. Die Rechnungen gehen zur Prüfung teils direkt, teils über die Kreis-Verwaltung an die Militär-Regierung, aber nicht etwa nach Bielefeld, sondern nach Minden, und sie werden auch in Minden nicht endgültig bearbeitet, sondern gehen weiter zur Landes-Militär-Regierung nach Düsseldorf. Dadurch, daß jede Kohlen-Rechnung oder jede Rechnung eines Spediteurs für ein örtliches Krankenhaus von der Landes-Militär-Regierung geprüft wird, entstehen monatelange Verzögerungen, so daß einzelne Lieferanten mit tausenden von Reichsmark hängen. Man kann es verstehen, wenn unter diesen Umständen die Geschäftsleute sich weigern, weitere Lieferungen an das Krankenhaus zu leisten. Es wäre erwünscht, wenn seitens der Militär-Regierung der Grundsatz der Dezentralisierung auch in diesem konkreten Fall Anwendung finden würde.

Nun zur besonderen

Lage unseres Landkreises:

Ich erinnere daran, daß die Detmolder SPD-Zeitung im Januar 1933 prophezeite: Hitler sei nicht ein Cherusker seiner Zeit, sondern ein Varus. Wie die Legionen dieses römischen Feldherren zögen die Braunhemden Hitlers mit römischem Gruß und römischen Standarten durchs Land. Betrachte man aber Hitler als einen Quintilius Varus unserer Zeit, dann müsse man an Kleist's „Hermannsschlacht" erinnern. Dort fragt Varus eine Wahrsagerin über Vergangenheit und Zukunft: „Woher komme ich?" — Antwort: „Aus dem Nichts!" — „Wo bin ich?" Antwort: „Drei Schritte vom Nichts!" — „Wohin gehe ich?" Antwort: „Ins Nichts . . .!" Diese Prophezeiung der Detmolder Zeitung ist eingetroffen: das gesunde, begabte, arbeitsfrohe deutsche Volk ist von Hitler ins Nichts geführt worden! Die blühenden deutschen Städte sind verödet und verkommen. Das Erwerbsleben ist vernichtet. — Die deutschen Menschen sind zu Millionen von ihrer heimatlichen Erde losgerissen und vertrieben. Man kann von einem solchen Volk, das obendrein hungert, keine gesunde und vernünftige Politik verlangen!

Wir müssen darum die Besatzungsmächte um Geduld und Verständnis bitten, wenn unter diesen Umständen

die demokratische Entwicklung nicht die erwarteten Fortschritte macht.

Aber auch unsere eigene Bevölkerung muß Geduld haben und kann nicht erwarten, daß dieser vollkommene Zusammenbruch des Dritten Reiches von heute auf morgen überwunden wird. Wenn wir nicht passiv verharrend und mit verschränkten Armen auf ein Wunder warten, das vom Himmel kommt, sondern wenn wir nach dem Grundsatz handeln: hilf dir selbst, dann hilft dir Gott, dann wird mit der Zeit auch uns ein neuer Aufbau gelingen.

Wir sind, obwohl ein sogenannter Landkreis, dennoch kein landwirtschaftlicher Ueberschuß-, sondern ein Zuschuß-Kreis. Auf einer Fläche von rund 230 qkm wohnen fast hunderttausend Menschen, das sind über 400 Menschen je qkm. Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Durchsetzung steht der Landkreis Bielefeld mit 11,2 Prozent an letzter Stelle des Regierungsbezirkes Detmold-Minden. Von den fast hunderttausend Personen, die im Kreise verpflegt werden, sind rund 75 Prozent Normalverbraucher, etwa 17 Prozent Teilselbstversorger und nur 7—8 Prozent Vollselbstversorger. Die Schwierigkeiten der Ernährungslage treffen uns unter diesen Umständen um so mehr, als für die Industriezentren an Rhein und Ruhr vordringliche Lieferungen erfolgen, während die Durchführung dieser Anordnung notwendig. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Die Lebensmittelzuteilungen

In der 3. Woche der 102. ZP. (9. 6.—15. 6. 1947)

Auf Veranlassung des Landesernährungsamtes Westfalen wird bekanntgegeben:

Herabsetzung der Brotration in der 4. Woche. Es muß damit gerechnet werden, daß bei allen Verbrauchergruppen und Altersstufen die Brotration in der 4. Woche der 102. ZP. um 500 g gesenkt wird. Ob und in welcher Form ein Ersatz gegeben werden kann, steht noch nicht fest.

Auf den ersten Wochenabschnitt der 102. Zuteilungsperiode der Bezugsausweise für Speisekartoffeln für Personen über 3 und unter 3 Jahren wird in Verbindung mit dem Abschnitt Z 213 500 g Brot aufgerufen. Abschnitte der Lebensmittelkarten 41, 44 und 70 haben keine Gültigkeit.

Nunmehr dürfen auch die Abschnitte Fett II der Lebensmittelkarten 11 der 101. ZP. mit Butter bzw. Fett beliefert werden.

Fett und Butter. In der 3. Woche der 102. ZP. werden aufgerufen:

11	11/1	62,5 g
12	12/1, 12/2	je 62,5 g
13	13/1, 13/2	je 62,5 g
14	14/1, 14/2	je 62,5 g
15	15/1, 15/2	je 62,5 g
16	16/1, 16/2, 16/3	je 62,5 g
31	31/1	50 g
32	32/1	50 g
33	33/1	50 g
34	34/1, 34/2	je 50 g
35	35/1, 35/2	je 50 g
36	36/1, 36/2	je 50 g

Außerdem gelten alle Abschnitte über Fett bzw. Butter mit dem entsprechenden Mengenaufdruck der 3. Woche aller Zusatzkarten sowie der Berechtigungskarten für Mütter. Soweit Butter nicht geliefert werden kann, kann Margarine in der gleichen Menge oder Butterschmalz in Höhe von vier Fünftel des Wertes über Butter (also für 62,5 nur 50 g, für 50 nur 40 g) Butterschmalz geliefert werden.

Entrahmte Frischmilch kann rückwirkend für die ganze 102. ZP. ausgegeben werden:

11, 31	E über 20 Jahre	3 Ltr
12, 32	Jgd. 10—20 Jahre	6 Ltr
13, 33	von 6—10 Jahre	6 Ltr

Auch in der 3. Woche der 102. ZP. dürfen nur die Kleinabschnitte über Fleisch der Lebensmittelkarten 11—15, 21—25 der 102. ZP. beliefert werden. Die Großabschnitte über 100 g Fleisch dieser Lebensmittelkarten dürfen nicht beliefert werden. Im übrigen gelten alle Abschnitte über Fleisch aller Zusatzkarten der 3. Woche der 102. ZP.

Infolge geringer Anlieferung von Trockenkartoffeln sollen die Abschnitte über 1000 g Speisekartoffeln der Zusatzkarten 61, 62, 63 und 70 der 1. Woche der 101. ZP. mit 150 g Trockenkartoffeln aufgerufen werden. Die Abschnitte können bei Vorratslage auch mit Frischkartoffeln (1000 Gramm) beliefert werden

Auf den 2. Wochenabschnitt der Bezugsausweise für Speisekartoffeln über 3 Jahren der 102. ZP. sind in Verbindung mit dem Abschnitt Z 214 der Lebensmittelkarten 11 bis 14 und gegebenenfalls 21—24 und 31—34 je 400 g Hülsenfrüchte auszugeben.

Lebensmittelkarten für		Brot						Nährmittel			
		Aufr.-Ration	Kleinabschn. III x	Großabschn. III x	Versch. Großabschnitte III, IIIa IIIb je Mg. x	Nr. + Buchst.	je Meng.	Aufr. Ration	Kleinabschnitte St x	Kleinabschnitte N x	Großabschn. je
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Erwachsene	11, 21, 31	1500	10x50	1000	—	—	—	250	* 4x25	* 6x25	N2 250
Jugendliche	12, 22, 32	2500	10x50	1500	500	—	—	250	* 4x25	* 6x25	N3 250
Kinder	13, 23, 33	2000	10x50	1500	—	—	—	500	* 4x25	* 6x25	N3 250 N5 250
Kleinkinder	14, 24, 34	900	10x50	—	Zw 200	—	—	250	* 4x25	* 6x25	N3 250
Kleinstkinder	15, 25, 35	900	10x50	—	Zw 200	—	—	250	* 4x25	* 6x25	N3 250
Säuglinge	16, 26, 36	700	—	—	Zw 200	L	800	500	* 4x25	* 6x25	N5 250
Vollselbstvers. üb. 6 J.	41	—	—	—	—	—	—	—	* 4x25	* 6x25	—
unter 6 Jahre	44	—	—	—	—	—	—	—	* 4x25	* 6x25	—
Selbstversorgerbrotk.	47	2500	10x50	1500	500	—	—	—	—	—	—
Zus.-K. f. Normalarb.	N 60	400	8x50	—	—	—	—	—	—	—	—
Zus.-K. f. T-Schwerarb.	T 61	750	5x50	500	—	—	—	250	—	—	NIII 250
Zus.-K. f. Schwerarb.	S 62	1500	—	1000	500	—	—	500	—	NIII 250	NIII 250
Zus.-K. f. Schwersta.	Sst 63	2250	5x50	1000	1000	—	—	750	NIII 250	NIII 250	NIII 250
Ber.-Karte für Mütter	M 70	500	—	500	—	—	—	750	NIIIa 250	NIIIb 250	NIIIc 250

Kindergetreidenährmittel können auf alle Abschnitte der Karten 16, 26, 36 über Brot, bezogen werden, und zwar 375 g Kindergetreidenährmittel für 500 g Brot, also ein Aufrufabschnitt L über 300 g und ein Zw-Abschnitt über 200 g.

Abgabe von Brot an Verbraucher.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Bäcker verpflichtet sind, 1. vorhandenes Mehl restlos zu verbacken und notfalls an andere Bäcker abzugeben, 2. Brot gegen Vorlage gültiger Bezugsausweise an jedermann zu verkaufen, so lange vorrätig. Zurückhaltung für bestimmte Kunden ist verboten. Der immer wieder zeitweise auftretende Mehlmangel macht die strikte

Unsere erhaltenen Kalorien:

In der Woche vom 25. 5. bis 31. 5. erhielten erwachsene Normalverbraucher 868 Kalorien, und zwar: Brot 525, Nährmittel 126, Zucker 36, Kartoffeln —, Fleisch 22, Fett 75, E.-Milch 25, Käse 10, Gemüse — Kaffee-Ersatz —, Marmelade 36, Fisch 13.

Mittelalterliche Strafmethoden

Als Grundlage zu einer Erhebung über Kleingartenflächen in der Stadt Bielefeld ist im Auftrage des Landesernährungsamtes durch eine städtische Dienststelle ein Formular verwendet worden, auf dem der Entzug der Lebensmittelkarten als Strafmaßnahme angedroht wurde.

Da die Androhung einer solchen Strafmaßnahme in einem demokratischen Staat unmöglich ist, sind alle städtischen Dienststellen wie, auch das Landesernährungsamt durch nachfolgende Schreiben davon in Kenntnis gesetzt worden, daß in Zukunft innerhalb der Stadt Bielefeld derartige Anweisungen nicht mehr verbreitet werden:

An alle städtischen Dienststellen.

Auf Anordnung des Landesernährungsamtes ist durch eine städtische Dienststelle ein Formular zur Erhebung der Kleingartenflächen verteilt worden, auf dem als Strafmaßnahme bei Verweigerung der Auskunft die Entziehung der Lebensmittelkarten angedroht worden ist.

In Zukunft ist darauf zu achten, daß eine derartige Strafandrohung weder von einer Dienststelle der Stadt ausgesprochen, noch im Auftrage einer übergeordneten Behörde weitergegeben wird.

Ladebeck, Oberbürgermeister.

Betrifft: Erklärung über Kleingärten.

Das Landesernährungsamt hat dem Ernährungsamt der Stadt Bielefeld das Formular 377/3 zugestellt zur Erhebung der Kleingartenflächen.

In den Erläuterungen ist im letzten Absatz gesagt, wer sich weigert, Angaben zu machen, wird wegen Verstoßes gegen die Verordnung über die Auskunftspflicht bestraft, „auch werden die Lebensmittelkarten einbehalten."

Zu meinem Bedauern ist dieses Formular sämtlichen Kleingarten-Besitzern der Stadt Bielefeld durch das Ernährungsamt B ohne meine Kenntnis zugestellt worden. Da ich selbst Kleingarten-Besitzer bin, kam es mir auf diese Weise in meine Hand.

Ich teile Ihnen dazu mit: In Zukunft werden Anordnungen des Landesernährungsamtes mit der Androhung der Strafe, daß die Lebensmittelkarten bei Nichtbefolgung einbehalten werden, innerhalb der Stadt Bielefeld nicht mehr verteilt. Diese Methode überschreitet jede Ihnen zustehende Rechtsbefugnis, und selbst wenn Sie Ihnen nach irgendeinem nationalsozialistischen Gesetz noch zusteht, dann werden wir in der Stadt Bielefeld dieses Gesetz nicht anerkennen, vielmehr würde es höchste Zeit, daß Sie bei der Landesregierung die Aufhebung eines solchen Gesetzes beantragen.

Man kann zur Todesstrafe eine sehr verschiedene Einstellung haben; zu der Form der Todesstrafe, wie Sie sie verhängen, nämlich zum Tode durch Verhungern, haben nur Bestien ein Recht, und nicht Menschen und deutsche Behörden

Ladebeck, Oberbürgermeister.

Ernährungsverhältnisse unseres Bezirkes oft mit Unrecht als relativ gut angesehen werden.

Die Kalorienzahl

liegt seit Monaten unter 1000! Es kommt aber nicht nur auf die Menge, sondern auf die Zusammensetzung an. Die Holländer müßten z. B. mit nur 1505 Kalorien schlechter leben als die Bevölkerung der britischen Zone mit 1550 Kalorien. Sie erhalten jedoch: 8800 g Brot, 1332 g Zucker, 8 L Vollmilch, 500 g Käse, 500 g Margarine, 500 g Butter, 1000 g Fleisch, 25 g Kakao, 2 Eier und 1000 g Orangen. Ich nehme daher an, daß jeder von Ihnen gern mit diesen 1505 holländischen Kalorien tauschen würde. Es ist überall ein großes Absinken der Arbeitsleistung zu beobachten. Jede Arbeitsleistung erfordert eine bestimmte Menge Kalorien. Zwischen beiden muß ein ausgeglichenes Verhältnis bestehen: entweder, indem man, was die Norm ist, die Kalorienmenge so zuteilt, wie es dem Arbeitsaufwand entspricht, oder, indem man, wenn Kalorien fehlen, die Arbeitsleistung auf ein der Unterernährung entsprechendes Mindestmaß herabsetzt.

Ein gewisser Ausgleich kann auch dadurch herbeigeführt werden, daß man den Tag verkürzt und die Nacht verlängert, um durch mehr Schlaf Kalorien einzusparen. Die Politik der Militärregierung hat den umgekehrten Weg eingeschlagen und durch

Einführung der doppelten Sommerzeit

den Tag verlängert, statt verkürzt! Diese Maßnahme bringt energiemäßig in Anbetracht des erhöhten Stromverbrauchs in den frühen Morgenstunden keine Vorteile. Sie verkürzt die Ruhezeit. Die Arbeit des Bauern auf dem Felde wird am frühen Morgen durch Nebel und Feuchtigkeit beeinträchtigt; die mittägliche Arbeitsleistung fällt mehr als bisher in die Zeit der größten Hitze. Wir würden den Beginn der Arbeitszeit, wie es einzelne Betriebe des Landkreises gemacht haben, allgemein auf eine entsprechende spätere Stunde gelegt haben, wenn wir nicht wegen der Abhängigkeit von Verkehrsmitteln für Menschen und Gütertransporte daran gehindert wären. Soweit bekannt, sind deutsche Behörden vor Einführung der doppelten Sommerzeit nicht über deren Nützlichkeit befragt worden. Alle verantwortlichen Stellen haben aber nachträglich dagegen Einspruch erhoben; so die Regierung von Nordrhein-Westfalen, das Verwaltungsamt für Wirtschaft, die Organisation der Bauernschaft usw. Wenn derartige Maßnahmen eingeführt werden, ohne die gewählten Vertreter des Volkes nach ihrer Meinung zu fragen und ohne eine Begründung für solche Verschiebungen zwischen Tag- und Nachtzeit zu geben, dann mag man mit Recht fragen, welcher Unterschied besteht zwischen dem nationalsozialistischen „Führerstaat" und dem alliierten „Vierer-Staat". Dann werden wir vielleicht gute Demokraten auf Befehl und Gehorsam werden, nicht aber Demokraten aus Ueberzeugung und freiem Entschluß.

Die Lebensmittellage

ist und bleibt in den nächsten Wochen weiterhin äußerst kritisch. Nachdem man Anfang Mai verstärkte Lebensmitteleinfuhren aus Amerika erwartet hat, die nicht eingetroffen sind, werden nun die gleichen Versprechungen für Juni wiederholt. Seit Monaten habe ich an keiner Sitzung über Ernährungsfragen mehr teilgenommen, in der nicht gesagt wurde: „Die Lage ist ernst, aber in der nächsten Woche wird sie besser werden". Auch am Montag hat der zuständige Beamte des Ernährungs-Ministeriums in Düsseldorf in einer Konferenz mit den Kreisbauernschaften von Bielefeld und den Nachbarkreisen wieder eine Besserung der Getreide- und Mehlversorgung in allernächster Zeit in Aussicht gestellt. Im Augenblick ist aber die Versorgungslage so angespannt, daß der bereits veröffentlichte Aufruf von 250 g Auslandsmehl zurückgenommen werden mußte, da die Mengen nicht zur Verfügung stehen. Ich glaube, daß man am besten tut, der

Botschaft des englischen Oberbefehlshabers,

Sir Sholto Douglas, zu glauben, die am 21. Mai dem Landwirtschaftsminister Lübke zugestellt wurde. „Ich hoffe," erklärte darin Sir Sholto, „daß es mir demnächst möglich sein wird, dem deutschen Volk etwas über die voraussichtliche Entwicklung der Lebensmittelversorgung bekanntzugeben. Angesichts der zahlreichen ungewissen Faktoren ist es mir jedoch ganz unmöglich, positive Versicherungen darüber abzugeben, was sich in den nächsten Monaten ereignen wird." Weiter erklärte Sir Sholto, die Frage zusätzlicher Fetteinfuhren und die Wiederinbetriebnahme synthetischer Fettfabriken werde derzeit vordringlich geprüft. Es ist allerdings erstaunlich, daß bei der krisenhaften Zuspitzung und dem seit Monaten vorausgesehenen Zusammenbruch der Ernährungslage diese Prüfung seitens der englischen Stellen erst jetzt erfolgt, nachdem die Wiederinbetriebnahme der synthetischen Fettfabriken seit langer Zeit von deutschen Stellen vorgeschlagen worden ist.

Wir freuen uns über jedes Wort der Anerkennung und Verständigung, das von englischer Seite zu uns gesprochen wird. Wir haben auch die Erklärung Lord Pakenhams mit größter Freude vernommen, daß Engländer und Deutsche Brüder seien. Noch viel eindrucksvoller als solche wohlwollenden Reden wäre es allerdings gewesen, wenn man den Anträgen deutscher Stellen auf Freigabe des ehemaligen Dampfers „Robert Ley" und des Motorschiffes „Sankt Louis" zum Zwecke des Walfanges stattgegeben hätte, um die nötigen Rohstoffe für die Margarine-Produktion zu beschaffen, statt gerade jetzt die Verschrottung dieser Dampfer zu beschließen.

Sir Sholto hat zur Begründung der unzureichenden Nahrungsmittelimporte erklärt, daß das nicht auf Mangel an Devisen zurückzuführen sei, sondern auf die Weltknappheit an Lebensmitteln und Getreide. „Das deutsche Volk muß jedoch anerkennen, daß die Kosten der Lebensmitteleinfuhren in die angloamerikanische Zone, die augenblicklich fünfmal größer sind als ihr Export, dem britischen und dem amerikanischen Volk eine schwere Bürde auferlegen. Der Annahme, daß Deutschland berechtigt sei, dieses Opfer als ein Recht zu beanspruchen, kann nicht zugestimmt werden." Es ist klar, daß wir kein Recht auf Opfer des englischen Steuerzahlers für Deutschland beanspruchen können.

Wir sind kein Bettlervolk

und werden nie diejenigen als Freunde betrachten, die uns in diese Lage bringen. Wir wollen bezahlen was wir einführen. Dazu genügt eine gewisse Bewegungsfreiheit und Initiative auf dem Gebiet des Außenhandels. Gegenwärtig sind für jedes Auslandsgeschäft 37 Formulare notwendig, neun verschiedene Sorten plus neun Durchschläge. Alle Meldungen, daß an Stelle des Regierungsgeschäfts das Individualgeschäft getreten sei, erwecken den Anschein, als ob etwas geschieht, während in Wirklichkeit nichts geschieht, außer Kohle- und Holzexporten. Von Waren im Werte von 31 Millionen Dollar, die im 1. Quartal 1947 aus den beiden westlichen Zonen exportiert wurden, entfallen auf Kohle und Holz allein über 21 Millionen Dollar. Ich muß bei der Forderung des Außenhandels an ein Gedicht von Kipling über Indien denken, von dem mir erzählt wurde. Darin soll es heißen, daß die Inder lächeln, wenn sie sehen, wie die Engländer tun, als ob sie etwas für Indien täten. Es ist klar, daß in dieser Situation zahlreiche

unsinnige Gerüchte

umlaufen und geglaubt werden. Ich habe kürzlich Gerüchte über angebliche Beschlagnahme von Eiern durch die Militärregierung veröffentlicht. Obwohl ihm diese Behauptungen nur vom Hörensagen bekannt waren, erklärte einer der Kolporteure, er wünsche weiteste Verbreitung, für die er volle Verantwortung übernähme. Ich habe durch die Veröffentlichung im „Amtlichen Mitteilungsblatt" diesem Wunsche entsprochen. Um auch die letzten Zweifler zu überzeugen, die grundsätzlich amtlichen Dementis keinen Glauben schenken, gebe ich nunmehr bekannt, daß der Verbreiter des Gerüchtes, Dr. Wernicke, aufgrund meines Briefes bei Vahle in Vilsendorf Rückfrage hielt. Er erklärte sich danach bereit, alle Bekannten zu unterrichten, daß die Nachprüfung die Unrichtigkeit seiner Behauptung ergeben habe. Damit dürfte die Angelegenheit ihre volle Aufklärung gefunden haben.

Wenn im Anschluß an die Veröffentlichung im „Amtlichen Mitteilungsblatt" nun eine ständige Rubrik „Oeffentlicher Pranger" gebracht wird, so verspreche ich mir von dieser Methode wenig Erfolg. Es ist phantasielos, eine Waffe, die — unerwartet und im richtigen Augenblick angewandt — mit aller Schärfe trifft, schematisch und im regelmäßigen Turnus zu gebrauchen. Dadurch stumpft sie ab. Ich erinnere an das „Schwarze Korps". Eine Anprangerung dort bedeutete in der ersten Zeit eine schwere Diffamierung und hatte unter Umständen die Verschleppung in ein Konzentrationslager zur Folge. Als man aber ein System daraus machte und Woche für Woche die Spalten mit derartigen Anzeigen füllte, wurde die Methode langweilig und es interessierte sich am Ende niemand mehr dafür. Ich halte es daher für zweckmäßig, auf den „Pranger" als eine Art Gegenstand des täglichen Gebrauchs zu verzichten, damit eine Anprangerung, wenn sie überraschend erfolgt, auch die volle erwartete Wirkung hat.

Im übrigen sollten sich aber diejenigen eine besondere Zurückhaltung in der Kritik der Ernährungswirtschaft und der Verbreitung von Gerüchten auferlegen, die persönlich bis zur Stunde noch nicht erfahren haben, was hungern heißt! Weil wir wollen, daß die Proteste und Demonstrationen von Millionen schaffender Menschen gehört werden, die seit Monaten bei schwerer Arbeit an Unterernährung leiden, deshalb werden wir mit allen Mitteln das Geschwätz derjenigen unterdrücken, die sich an den Klagen über die schlechte Ernährungslage in der Hauptsache darum beteiligen, um damit ihre eigenen

Kompensationsgeschäfte und engen Beziehungen zum Schwarzen Markt

zu tarnen. Ich verstehe, wenn heute mancher nach dem etwas selbstsüchtigen und liberalem Grundsatz handelt: „Sehe jeder, wie er's treibe, sehe jeder, wo er bleibe und wer steht, daß er nicht falle!" Wenn aber Leute, die jede Bewirtschaftung und staatliche Ordnung stö-

ren, obendrein noch klagen, als ob ausgerechnet sie am meisten hungern und frieren müßten, obwohl sie, bei Tabak und Schnaps angefangen, über Butter und Eier bis zur Feinkohle, alles haben, so warne ich diese kleinen Gruppen eindringlich. Sollten gerade sie fortfahren, durch übertriebene Klagen von ihrer eigenen, manchmal fast friedensmäßigen Versorgung abzulenken, so werden wir keine Hemmungen haben, sie einmal mit wirklicher Not bekanntzumachen und ihnen Gelegenheit geben, das Los der Millionen von Unterernährten zu teilen und ihnen voran zu hungern, anstatt voran zu klagen. Man soll nicht glauben, daß uns nicht

wirksame Mittel gegen diese Saboteure

am neuen Aufbau einfallen und zur Verfügung stehen würden. Man soll auch nicht glauben, daß wir uns vor lauter demokratischer Ueberängstlichkeit scheuen würden, solche Mittel anzuwenden, nur, weil sie vielleicht mit denen des Dritten Reiches gewisse Aehnlichkeiten aufweisen. (Lebhafte Zustimmung der Kreistagsabgeordneten.) Der Fall Dr. Wernicke mag als Warnung dienen. Sollte ein Erfolg ausbleibei, werden wir unerwartet wieder zuschlagen und dann wird es nicht bei Platzpatronen bleiben. Natürlich wollen wir Mängel in der Ernährung oder sonstigen Versorgung nicht vertuschen. Wir sind bereit, jedem Gerücht nachzugehen und der Oeffentlichkeit

über das Prüfungsergebnis volle Aufklärung

zu geben. Ich bitte alle Kreise, uns hierbei durch Mitteilung von Gerüchten an die Behörden zu unterstützen. Ich selber habe verdorbene Butter nach Unna geschickt und um Aufklärung des Sachverhalts gebeten. Wir wollen, daß das deutsche Volk über seine Ernährungslage die volle Wahrheit erfährt, wir kämpfen gegen die Kalorienlüge und den Schwindel mit aufgerufenen Rationen, die nicht beliefert werden. Wir wollen aber diesen Kampf ohne Uebertreibungen führen und nicht in die gleichen Fehler verfallen, die wir manchen englischen und deutschen Dienststellen zum Vorwurf machen müssen.

Ich bin von einer Dienststelle der Militärregierung gefragt worden, ob wir auch in Bielefeld daran dächten, unsere Aemter als Landrat oder als Mitglied des Kreistages niederzulegen. Ich habe die Frage verneint, da nach meiner Auffassung die Frage, ob die Verantwortung von den deutschen Vertretungen und Behörden noch länger getragen werden kann oder nicht, nicht örtlich zu entscheiden ist, sondern nur zentral. Wenn die Verantwortung unträgbar ist, so ist es Sache des Landtages,

einen Parlamentsstreik

zu beschließen, und es ist Sache der Landesregierung, durch einen Ministerstreik ihre Meinung zu äußern; dann ist es unsere Sache, ob wir als örtliche Vertretung uns diesem Streik anschließen wollen. Ich habe die Militärregierung darauf hingewiesen, daß allerdings ein Beschluß der Angestellten der Landkreisverwaltung vorliegt, wonach sie sich an einem erneuten Streik der Bielefelder Betriebe beteiligen wollen.

Ich habe das Amt als Ernährungsbeauftragter, das mir übertragen war, niedergelegt, obwohl ich von Seiten der Gewerkschaften und den Parteien gebeten wurde, dieses Amt weiterhin zu übernehmen. Ich habe es niedergelegt mit der Begründung, daß die meisten und wesentlichsten Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Ernährung überörtlich bedingt sind und durch örtliche Sonderbeauftragte mangels aller dazu erforderlichen Zuständigkeiten und Machtbefugnisse nicht geändert werden können. Dagegen lassen sich örtlich im Bereiche der Ernährungsämter B und des Ernährungsamtes A Bielefeld, das Stadt und Landkreis umfaßt, manche Maßnahmen zur

Vereinheitlichung und besseren Steuerung der Verteilung

treffen (z. B. Kuchenbackverbote, Anordnung eines Beimischungszwanges, Beschlagnahme gehorteter Lebensmittel und ihre Verteilung, Geschäftsschließungen usw.). Insoweit halte ich einheitliche Maßnahmen für den Stadt- und Landkreis Bielefeld für erforderlich und durchführbar. Da ich insoweit von Amts wegen zuständig bin für das Ernährungsamt A, das auf Zusammenarbeit mit der Landkreisverwaltung angewiesen ist und das Ernährungsamt B, Landkreis Bielefeld, das meiner Kontrolle ohnehin untersteht, brauchte ich hinsichtlich des Ernährungsamtes B der Stadtverwaltung lediglich gewisse Koordinierungsbefugnisse, um einen solchen Auftrag für das Gebiet der Stadt und des Landkreises Bielefeld durchführen zu können. In diesem Sinne habe ich an den Oberbürgermeister mit der Bitte geschrieben, einen entsprechenden Beschluß der Stadtverwaltung herbeizuführen. Ich darf bei dieser Gelegenheit feststellen, daß ich in meiner Tätigkeit als Ernährungsbeauftragter im großen und ganzen die volle Unterstützung der beteiligten Gewerbekreise und Behörden gefunden habe, nur wenige Betriebe haben eine Ausnahme gemacht.

Sie wissen, daß wir gerade in diesen Tagen

eine neue Anspannung in der Brotversorgung

haben. Das Getreide ist wieder einmal um 24 Stunden zu spät angekommen, so daß der Anschluß an die letzten Vorräte nicht gefunden werden konnte. Es ist bedauerlich, daß in dieser schwierigen Situation, in der ein Teil unserer Haushalte nicht mit Brot versorgt werden konnte, die zuständige Großverteilerfirma in Bielefeld, Rüter, es nicht für erforderlich gehalten hat, das angekommene Getreide rechtzeitig zu verteilen, sondern 24 Stunden brauchte, bis es weitergegeben wurde. Dadurch ist die gesamte Brotversorgnung in Bielefeld zum Teil um 24 Stunden unterbrochen. Und das alles deswegen, weil die Firma offiziell in Düsseldorf erklärt hat, sie selbst hätte an der Getreide- und Mehlspedition kein Interesse mehr, weil nicht genug daran verdient würde, an Kohlen würde mehr verdient; man nähme deshalb auch einen Gleisumbau vor und habe aus diesem Grunde Unna mitgeteilt, im Laufe der nächsten Woche keine Waggons an die Firma Rüter zu leiten. Rüter hat es nicht für nötig gehalten, uns irgendeine Information zukommen zu lassen. Ich bedaure, feststellen zu müssen, daß wir von dem Herforder Getreidegroßhändler besser bedient werden, als von der Bielefelder Firma Rüter.

Wenn wir uns über die mangelnden Importe von außen beklagen, müssen wir auf der anderen Seite alles tun, durch gute Bewirtschaftung volle Ablieferung sicherzustellen. Von Seiten der Kreisbauernschaft sind gewisse

Kontrollen in den letzten Wochen

durchgeführt worden. Ich habe darüber folgenden Bericht der Kreisbauernschaft vorliegen: Von einer dreiköpfigen sachverständigen Kommission sind bisher 19 Betriebe überprüft worden. Hierbei wurden 3 Betriebe unter Treuhänderschaft gestellt. In zwei Betrieben wurden tüchtige Verwalter eingesetzt, und bei den übrigen Betrieben wurden Maßnahmen ergriffen und angeordnet, die zur besseren Wirtschaftsführung und Ablieferung führen werden. Eine Nachkontrolle der Viehzählung hatte folgendes Ergebnis: Insgesamt ist etwa die Hälfte der Landgemeinden überprüft worden. Die vorgefundenen Großtiere und Schweine, die bei der Viehzählung verschwiegen waren, wurden beschlagnahmt und zur Ablieferung gebracht. Insgesamt wurden 11 Rinder, 33 Schweine und 4 Kälber als überzählig beschlagnahmt.

Wir haben uns im vorigen Jahre in einer Kreistagssitzung über den

Fall eines Landwirts

unterhalten, dem wegen schlechter Bewirtschaftung eine Verpachtung seines Hofes nahegelegt werden mußte, dem aber, damit er in den Pachtvertrag einwilligte, das Recht der Selbstversorgung gegeben wurde. Auf meine Veranlassung ist diesem schlecht wirtschaftenden Besitzer seinerzeit die Berechtigung zur Selbstschlachtung entzogen worden. Er hat sich beschwerdeführend an die Landesbauernschaft in Unna gewandt und zu meiner Ueberraschung hat die Landesbauernschaft, trotzdem der landwirtschaftliche Sachverständige die Voraussetzungen für die Selbstversorgung mit Schlachtvieh nicht anerkannte, angeordnet, daß diesem Manne die Schlachtgenehmigung zu erteilen sei. Ich bedaure, daß eine solche Entscheidung möglich gewesen ist und der zuständige Beamte den Vorgang nicht rechtzeitig vorgelegt hat, so daß die Genehmigung erteilt werden konnte, daß der Betreffende ein Schwein und ein Kalb schlachten durfte.

Wir haben eine Reihe von Betrieben überprüfen lassen durch einen in Brackwede eingesetzten Kontrollausschuß und auch durch bei uns tätige Preisprüfer. Es sind eine Reihe von Beanstandungen erfolgt, z. B. im Milchhandel, in Süßmostereien, in Apotheken, in Bäckereien (Brotpreise, Brotgewicht) usw. Insgesamt haben die Preisprüfer der Preisverwaltung im Verlaufe eines Quartals

28 Anzeigen wegen Preisüberschreitung

erstattet, es wurden 24 gebührenpflichtige Verwarnungen erteilt und Ordnungsstrafen in Höhe von 4360 RM erteilt.

Sie werden sich erinnern, daß in einer seiner letzten Sitzungen der Kreistag auf Vorschlag des Abgeordneten Fissenewert beschlossen hat, beim Justizministerium vorstellig zu werden,

Schwarzhändler schärfer zu bestrafen.

In der Presse habe ich in den letzten Tagen gesehen, daß das geschäftsführende Kabinett beschlossen hat, abschreckende Strafen durchzuführen: 1. Schwarzmärkte auf Straßen sollen durch polizeiliche Maßnahmen unterdrückt werden, 2. Bestrafung aller des Schwarzhandels Ueberführten soll durch Zwangsarbeit erfolgen, 3. bei Verheimlichung und Nichtablieferung von Vieh, landwirtschaftlichen Produkten und sonstigen Nahrungsmitteln sollen nicht Geldstrafen verhängt werden, da sie keine genügende Sühne sind. Ich selbst habe mit dem Oberstaatsanwalt und dem Direktor des Landgerichts darüber verhandelt, ob eine Sonderkammer einzurichten ist. Ich fand volle Zustimmung der beiden Herren. Aber leider kann eine Durchführung dieses Planes nicht erfolgen, weil dem Direktor des Landgerichts nicht genügend Richter zur Verfügung stehen. Leider wird durch eine bevorstehende Regelung, die die Abgabe von Waren im Kompensationswege genehmigt, die Situation noch weiter erschwert, da eine Kontrolle über derartige Geschäfte wegfällt.

Vom Wirtschaftsminister wurde angeregt,

Kreisverbraucherausschüsse zu bilden,

deren Einrichtung sich bewährt haben soll. Die Zahl der Ausschußmitglieder, die vom Kreistag zu wählen sind, soll nicht unter 6 und nicht über 12 liegen und soll nach Möglichkeit folgende Verbrauchergruppen umfassen: Gewerkschaft, Genossenschaft, Einzelhandel, Großhandel, Kreistag, Flüchtlinge und Hausfrauen. Vielleicht kann anschließend in der Aussprache hierzu Stellung genommen werden. Wesentlich erscheint mir die Ankündigung des Landwirtschaftsministers, das ein neues Erfassungssystem in Aussicht gestellt ist, nach dem den Landwirten ein größerer Anreiz zur vollständigen Ablieferung geboten werden soll. Wir als Kreis haben auf die Ertragssteigerung des einzelnen Betriebes wenig Einfluß. Dabei möchte ich darauf hinweisen, daß auch bisher die Aufgaben der Wasserwirtschaftsverbände von der Außenstelle Bielefeld des Wasserwirtschaftsverbandes Minden in durchaus befriedigender Weise wahrgenommen wurden. Aber die Aufgaben können nunmehr rein beamtenmäßig nicht mehr erledigt werden.

Nach diesen Ausführungen möchte ich über

den Stand der Flüchtlingsfrage

einiges berichten: Die Gesamtbevölkerung des Landkreises beträgt z. Zt. etwa 94 000 Einwohner, hiervon 70 000 Eingesessene, etwa 16 000 Flüchtlinge und 7000 Evakuierte. Der Landkreis hat etwa 9 geschlossene Transporte aufgenommen mit insgesamt 9500 Personen; einzeln sind noch etwa 6700 Personen in den Landkreis Bielefeld zugewandert. Da die Unterbringung älterer und gebrechlicher Flüchtlinge oft Schwierigkeiten macht, haben wir eine Reihe von Altersheimen geschaffen und sind stolz darauf, daß wir die Zahl dieser Heime auf 5 haben erhöhen können. Diese Heime haben insgesamt eine Zahl von 275 Betten für Männer und Frauen. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Unterbringung der Flüchtlinge ergeben, liegen zu einem kleinen Teil darin, daß

asoziale Elemente

darunter sind. Ich möchte Ihnen einen Bericht einer Gesundheitsfürsorgerin vorlesen, die die Verhältnisse einer solchen asozialen Familie schildert: „Die Eheleute M. bewohnen in Brake einen Raum von schätzungsweise 12 qm, der ein Fenster hat, das nach Süden zu liegt. Das Mobiliar besteht aus zwei Betten (mit Stroh gefüllt und einer Decke versehen), einem Tisch, zwei Stühlen und einem Behelfsherd. Die Eheleute machen kein Feuer an, dadurch setzt sich, besonders in der kalten Jahreszeit, der Feuchtigkeitsgehalt der Luft an den Wänden ab. Jetzt, bei gutem Wetter und guter Lüftung, ist der Raum nicht zu beanstanden. Aber er ist in einem solch schmutzigen, verwahrlosten Zustand, daß man ihn nur als menschenunwürdig bezeichnen kann. Auch die Eheleute sind so schmutzig (sie waschen sich nie), daß das Auftreten von Schmutzkrankheiten unvermeidlich ist. M. E. hat wenigstens Frau M. ist eine ausgedehnte Skabies. Das Wasser muß aus dem nebenanliegenden Bauernhaus geholt werden, aber das ist den Leuten zu umständlich, auch haben sie keinen Eimer. Frau M. hat einmal vor Wochen Feuer gemacht, um Erbsen zu kochen. Diese sind aber nicht weich geworden, seitdem versucht sie es nicht mehr. Sie kocht weder Kaffee, noch sonst irgend etwas. Ihre Kartoffelkarte hat sie angeblich für 10 RM verkauft. Im Raum lagen aber noch Kartoffeln, Möhren, Bohnen und etwas Holz. Die Holzzuteilung, die es im Winter gab, haben die Leute angeblich nicht abgeholt. Das Ehepaar ist entweder unterwegs, um sich die Nahrung zusammen zu betteln, oder es schläft. Als ich die Familie aufsuchte, lagen beide gegen 11.30 Uhr noch im Bett. Sie schimpften

sehr auf die Umgebung, den Gemeindedirektor, überhaupt auf alles. Es handelt sich um völlig asoziale Menschen. Die Zimmertür hat die Vermieterin mit einem Riegel von außen verschlossen, weil sie die schmutzigen Leute nicht an ihren Sachen haben will. Das Ehepaar kann nur durchs Fenster in den Raum kommen, auch steht kein Abort zur Verfügung, den dazu degradierten Marmeladeneimer schütten die Mieter direkt neben dem Fenster aus. Das alles sind unhaltbare Zustände. Der Mann selbst ist in einem miserablen Ernährungszustand, nach seiner Angabe wiegt er 25 Kilogramm bei einer Größe von 170 Zentimeter, was m. E. wohl zutreffen kann. Irgend eine Arbeit kann ihm unter diesen Umständen nicht zugemutet werden. M. E. hat die Frau die größte Schuld an diesen Zuständen. Vielleicht könnte dieselbe in einem Arbeitshaus und der Mann vorläufig in einem Kranken- oder Siechenhaus Aufnahme finden." Das sind also Fälle, wie wir sie heute noch in unserem Kreise faktisch vorfinden.

Ein zweites Problem, das uns Sorgen bereitet, ist die

Arbeitsbeschaffung für die Flüchtlinge.

Die Lenkung der Flüchtlingszüge ist improvisiert worden, so daß die Flüchtlinge nicht immer so verteilt wurden, wie es ihrer beruflichen Vorbildung entsprochen hätte. Es wäre erwünscht, hier einen Ausgleich zu schaffen, der jedoch erschwert und verhindert wird durch die Wohnungsnot und Zuzugssperren. Das bedeutet, daß in einzelnen Fällen — ich habe einen solchen Fall vor mir bei dem Eisenwerk Baumgarte — einem Werk dringend benötigte Facharbeiter fehlen, weil von der betr. Gemeinde keine Zuzugsgenehmigung erteilt wird. Der genannte Fall Baumgarte wurde im Kreisausschuß behandelt, und der Ausschuß hat einstimmig beschlossen, daß in diesem Falle der Gemeinde die Auflage gemacht werden muß, der benötigten Fachkraft (einem Kesselschweißer) die Zuzugsgenehmigung zu geben. Es müßte aber zentral eine Regelung getroffen werden, daß zwangsweise in solchen Fällen eine Umsetzung möglich ist. Der dritte Punkt, der uns Schwierigkeiten macht, und der als Punkt 3) auf der Tagesordnung steht, ist

die Behandlung der Schwarzgänger.

Es kommen laufend aus der russischen Zone Flüchtlinge schwarz über die Grenze, die zunächst in Niedersachsen in einem Lager Aufnahme finden, dann weitergeschoben und von dem Uebergangslager in Elverdissen wöchentlich verteilt werden. Auch wir bekommen regelmäßig Schwarzgänger zugeteilt. Nunmehr hat jedoch der Kreiswohnungsausschuß einstimmig folgende Entschließung zu dieser Frage gefaßt: „Der Kreiswohnungsausschuß ist der Ansicht, daß eine weitere Belastung des Landkreises mit „Schwarzgängern" aus wohnraum- und ernährungsmäßigen Gründen unter keinen Umständen mehr zu vertreten ist. Der Kreiswohnungsausschuß befürchtet, daß die Zuweisungen aus der sog. Aktion „Schwarzgänger" sich ins Ungewisse steigern werden. Der Kreiswohnungsausschuß bittet daher den Kreistag, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und im allgemeinen Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen einen Appell an den Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen zu richten, durch den dieser gebeten werden soll, bei der Militärregierung eine sofortige Sperre für „schwarz" zuwandernde Personen aus der russischen Zone zu beantragen." Ich bitte, daß Sie in der Aussprache auch zu diesem Punkt Stellung zu nehmen.

Vielfach werden seitens der Flüchtlinge Beschwerden erhoben, die nicht berechtigt sind, aber umgekehrt auch solche, denen eine Berechtigung nicht versagt werden kann. Es kommt vor, daß

Gemeindebeamte im Verkehr mit den Flüchtlingen

einen Ton anschlagen, der unter keinen Umständen vertreten werden kann. Das Ziel unserer Flüchtlingspolitik muß sein, Lebensverhältnisse zu schaffen, in denen die Arbeits- und Wohnungsbedingungen der Flüchtlinge denen der übrigen Einwohner des Kreises angeglichen werden, damit ihr Dasein als Flüchtlinge kein Dauerzustand wird, sondern ihnen auch ihr Flüchtlingsausweis wieder abgenommen werden kann und sie Einwohner des Kreises werden. Eine Rolle spielt hierbei die Errichtung neuen Wohnraums, über die Ihnen der Abg. Generotzki einen Bericht geben wird. Wir kommen aber in dieser Beziehung dadurch ins Gedränge, daß in einem unvorhergesehenen Maße die Militärregierung Wohnungen für ihre Zwecke in Anspruch nimmt. Der Sachbearbeiter der Feststellungsbehörde, Herr Schoregge, hat mir über diese Beschlagnahmen einen interessanten Bericht vorgelegt, wonach die Hauptschwierigkeiten sich aus folgenden Mängeln ergeben: Ueberbelegung einzelner Gemeinden, unvollkommene Ausnutzung beschlagnahmten, wertvollen Wohnraums, Zurückbehaltung notwendigster Gebrauchsgegenstände, katastrophale Beschädigungen an Gebäuden und Inventar, Nichtaushändigung von Inventarverzeichnissen an die deutschen Behörden, Entziehung wertvollen Kleingartenbesitzes. Der Leiter der Feststellungsbehörde macht hierzu folgende Verbesserungsvorschläge, denen sich m. E. der Kreistag anschließen sollte. 1. Einstellung weiterer Beschlagnahmungen in überbesetzten Gemeinden. 2. Ueberprüfung des nicht voll ausgenutzten beschlagnahmten Wohnraumes im Einvernehmen mit den deutschen Behörden zwecks Vermeidung einer Inanspruchnahme weiterer Gebäude. 3. Dem Hauseigentümer möge jeweils gestattet werden, im eigenen Hause weiter zu wohnen, um dadurch auch eine Instandhaltung zu gewährleisten und wenigstens einen Großteil seiner Möbel vor unnötigen Beschädigungen oder Verlusten zu schützen. Auf alle Fälle müßten jedem Geschädigten grundsätzlich mehr lebensnotwendige Sachen, d. h. Herd, compl. Betten u. a. Schlafmöglichkeiten sowie einige Möbelstücke und dergleichen neben den bisher zugestandenen Gegenständen belassen werden. 4. Schonendste Behandlung der übernommenen Gebäude und Einrichtungsgegenstände muß den Besatzungsmitgliedern zur unbedingten Pflicht gemacht werden. Ferner müßte durch die Militärregierung untersagt werden, die zu treuen Händen übergebenen Möbelstücke usw. etwa in andere Häuser zu schaffen, wie es wiederholt vorkam. Ein gemeinsam aufgestelltes Inventarverzeichnis wäre auch der deutschen Behörde und dem Besitzer auszuhändigen.

Ich glaube, das sind maßvolle und vernünftige Forderungen, denen auch die Militärregierung zustimmen kann.

Zum Schluß möchte ich noch zu einer Frage Stellung nehmen, die uns vielleicht im Augenblick nicht auf den Nägeln brennt, die jedoch in einigen Monaten erneut akut werden wird, es ist

die Brennstoffversorgung.

Die augenblickliche Holzzuteilung geht davon aus, daß die deutsche Bevölkerung im kommenden Winter Kohle erhalten soll. Das Verwaltungsamt für Wirtschaft hat im amtlichen Mitteilungsblatt einen Beschluß bekanntgegeben, wonach beschlossen wurde, schon jetzt ein Programm für die Versorgung der Haushalte mit Kohle für den kommenden Winter aufzustellen und mit der Bevorratung ab 1. Mai 1947 zu beginnen mit dem Ziel, daß je Kopf der Bevölkerung ein Hausbrandvorrat von 6 Ztr. gewährt werden soll. Dieses Versprechen, 6 Ztr. auf den Kopf der Bevölkerung zuzuteilen, ist die Grundlage, auf der die Holzkontingente für den kommenden Winter uns zugeteilt werden sollen. Zu der Frage der Kohlenzuteilung ist folgendes festzustellen. Trotz des eingeführten Punktsystems ist keine Förderungssteigerung zu beobachten. Als das Punktsystem anlief, betrug die tägliche Erzeugung 213 000 to. Der Höchststand wurde im März mit 238 000 to erreicht. Infolge der Ernährungsschwierigkeiten ging die Höchstförderung auf 228 000 to im April, 221 000 to im Mai zurück und ist inzwischen auf 211 000 to gesunken, d. h. die Kohlenförderung liegt tiefer als sie vor dem Punktsystem lag. Schon jetzt hat der Beschluß, Hausbrandkohle zuzuteilen, nur durchgesetzt werden können, indem man sich darüber klar war, daß die Industrie weniger zugeteilt erhalten sollte. Auf der anderen Seite ist die Hausbrandversorgung nicht nur ein Förderungsproblem, sondern auch ein Transportproblem. Wenn im Landkreis Bielefeld jede Person 6 Ztr. Kohle erhalten soll, so wären das bei einer Bevölkerung von etwa 100 000 Einwohnern etwa 600 000 Ztr. Kohle, das sind

30 000 to, für die 1500 Eisenbahnwaggons

benötigt würden. Es ist selbstverständlich, daß 1500 Eisenbahnwaggons allein für die Kohlenversorgung des Landkreises Bielefeld nicht zur Verfügung stehen werden; es wird auch nicht die Hälfte dieser Waggons zur Verfügung stehen. Im Monat Mai wurden 210 to Kohle zugeteilt. Von dieser Menge sind 114 to eingegangen, davon 31 to gestohlen, so daß 83 to = 1600 Ztr. gelagert werden konnten, das sind pro Kopf der Bevölkerung weniger als 2 Pfund! Für den Monat Juni sind die Hausbrandmengen vollkommen gestrichen worden. Die Kohlenzuteilung für Industrie- und Ernährungszweige ist um 50 Prozent gekürzt. Es ist klar, daß wir, wenn wir verantwortlich wirtschaften wollen, mit nennenswerten Kohlenzuteilungen für den kommenden Winter nicht rechnen können. Wir müssen daher den größten Wert darauf legen, daß uns ausreichende Mengen

Holz zum Einschlag freigegeben

werden, so bedauerlich es auch ist, daß wir

Rückzahlung von Wohlfahrtsunterstützung.

Auf Grund einer Genehmigung des Zonenhauptquartiers der Militärregierung braucht die Unterstützung, die Hilfsbedürftigen für die Zeit gewährt wird, in der der Ernährer nachweisbar in Kriegsgefangenschaft ist, nicht zurückgezahlt zu werden. Die vom Kreissonderhilfsausschuß anerkannten ehem. politisch rassisch. oder religiös verfolgten Personen erhalten, wenn sie kein Arbeitseinkommen haben, eine Unterstützung nach dem allgemeinen Fürsorgerichtsatz. Dazu wird ihnen für eine bestimmte Zeit ein Zuschlag von 50 Proz. gezahlt. Solange die Voraussetzungen für die Gewährung des Zuschlages von 50 Proz. erfüllt sind, gelten die Aufwendungen nach einem Erlaß des Soz. Ministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 6. 2. 1947 nicht als Wohlfahrtsunterstützung im eigentlichen Sinne. Die in dieser Zeit gezahlten Beträge brauchen ebenfalls nicht erstattet zu werden.

Stadt Bielefeld — Fürsorgeamt.

Anerkannte polit., rass. u. relig. Verfolgte,

deren Eigentum seinerzeit zerstört oder enteignet wurde, können sofort Ersatz der bis zum 31. 3. 1947 gezahlten Möbel-Nutzungsgebühren — Rathaus, Zimmer 32a — beantragen unter Vorlage einwandfreier Belege über den Verlust der Möbel und die gezahlten Nutzungsgebühren (Mietbescheinigungen). Ferner müssen aufgeführt sein: Zahl der Familienmitglieder und der benutzten Räume, die benutzten Möbel sowie Wert dieser Möbel. Letzter Termin: 11. 6. 1947.

Stadt Bielefeld, Kreissonderhilfsausschuß.

Sonderbeihilfe für hilfsbedürftige Flüchtlingsgruppen.

Anspruch haben: a) Männer über 65, Frauen über 55 Jahren, b) Invaliden, Kriegsversehrte und Körperbehinderte mit mindestens 50 Prozent Erwerbsminderung, c) Frauen, deren Männer verstorben, gefallen, verschollen, vermißt oder noch in Kriegsgefangenschaft sind und die mindestens zwei Kinder unter 16 Jahren im gemeinsamen Haushalt haben. Maßgebend zu a und c ist das Lebensalter am 31. 12. 1947. Die Beihilfen betragen: Zu a und b je Person 100 RM, zu c für die Familie 100 RM., die sich für das dritte und jedes weitere Kind um 50 RM. erhöhen. Flüchtlinge, die in Heimen untergebracht sind, erhalten die Hälfte dieser Beträge. Die Auszahlung erfolgt: Buchstaben A—G 9. 6., H—K 10. 6., L—P 11. 6., R—S 12. 6., T—Z 13. 6 von 8 bis 11.30 Uhr im Rathaus, Fürsorgeamt. Voraussetzung ist, daß Antragsteller bedürftig und beim Flüchtlingsamt registriert sind. Personalpapiere, Rentenbescheide und Einkommensunterlagen sind mitzubringen.

Stadt Bielefeld, Fürsorgeamt.

Bestandsmeldung für Tabakwaren.

Für sämtliche Tabakwarenhändler und -hersteller ist mit Stichtag vom 8. Juni 1947 eine Warenbestandsmeldung angeordnet. Die Vordrucke sind ab 9. 6. 47 für Bielefeld-Stadt beim Wirtschaftsamt, Stadthaus, Hindenburgstraße 13, Zimmer 63, und für den Landkreis Bielefeld in den örtlichen Bezugsmarken-Ausgabestellen des Landkreises abzuholen und bei denselben Stellen bis zum 16. Juni 1947 ausgefüllt wieder abzugeben.

Stadt Bielefeld Wirtschaftsamt — **Landkreis Bielefeld** Wirtschaftsamt

Rasierklingenbewirtschaftung.

Ab sofort können für männliche Personen über 18 Jahre gegen Abgabe des Abschnittes D 102/104 der Seifenkarte 10 Stück Rasierklingen abgegeben werden. Erhältlich sind die Klingen u. a. bei Stahlwarenhändlern, in Eisen- und Haushaltswarengeschäften, Fachdrogerien und Fachparfümerien und beim ambulanten Handel. Soweit eine Bevorschussung des Einzelhandels durch den Großhandel ohne Schecks erfolgt, ist diese bei dem zuständigen Großhändler direkt durch vereinnahmte gültige Abschnitte abzudecken. Der von den Wirtschaftsämtern mit Schecks belieferte Einzelhandel rechnet die aufgeklebten Abschnitte nach Verkauf der Klingen beim Wirtschaftsamt im Stadthaus, Zimmer 64 bzw. Kreiswirtschaftsamt, Wiesenstraße 8, ab.

Stadt Bielefeld Wirtschaftsamt — **Kreis Bielefeld** Wirtschaftsamt

damit weitere große Teile des deutschen Waldes abholzen müssen. Wir haben augenblicklich ein Einschlagskontingent erhalten, das etwa 10 Prozent des vorjährigen Kontingents ausmacht, also vollkommen unzureichend ist. Im Augenblick werden uns für Holztransporte keine Waggons zur Verfügung gestellt. Wir haben daher für das Holz, das auf den Bahnhöfen des Kreises Warburg lagert, Nachtwächter einstellen müssen, um Diebstähle zu verhindern. Es muß gefordert werden, daß das Holz in die gleiche Dringlichkeitsstufe kommt wie Kohle, damit überhaupt mit einer Zuteilung zu rechnen ist.

Ich möchte an dieser Stelle meinen Bericht abbrechen und würde Ihnen vorschlagen, daß wir nun die Antwort des Herrn Regierungspräsidenten Drake hören, der gewiß ein paar Worte der Begrüßung an Sie richten will.

Regierungspräsident Drake.

Ich habe nicht vor, eine lange Antwort zu geben, denn ich habe den Bericht des Landrats nicht vorliegen gehabt, so daß ich kaum in der Lage sein würde, mit aller Gewissenhaftigkeit darauf zu antworten, die ich in meinem Amte und in meiner Dienstführung an den Tag legen möchte. Der Herr Landrat hat mir sogar einen kleinen Strich durch meine Zeitrechnung gemacht, denn ich habe noch an einer anderen Sitzung teilzunehmen, aber wahrscheinlich hat er gedacht; jetzt ist die beste Gelegenheit; jetzt werde ich's ihm geben, er soll richtig durchgewalzt werden; er soll alle diese Dinge hören, die uns an Herz und Nieren liegen. Er muß das alles wissen.. Und er weiß das schon.

Ich habe nun wenigstens die Nöte und Sorgen aus dem Landkreise Bielefeld gehört und werde alles tun, sie abzustellen. Aber ich bitte überzeugt zu sein, die Macht des Regierungspräsidenten ist auch nicht so groß, als daß er wie ein funkelnder und funkender Blitz daherfahren könnte. Ueberhaupt, wenn ich hierher gekommen bin, so lagen einige Abers an dem Wege. Ich habe gelegentlich gehört, ob das auch wohl mit dem Grundsatz der Demokratie zu vereinbaren sei und ob nicht die Militärregierung Einwendungen erheben könnte. Sie ist nicht so engherzig, und was den Grundsatz der Demokratie betrifft: nur nicht so kleinlich sein damit und vor allem nicht furchtsam

Furcht ist ein Ausdruck der Schwäche

und ein großes Uebel in der gegenwärtigen Zeit. Demokratie fasse ich anders auf Ich komme gleich noch dazu.

Ich bin heute gekommen, um Guten Tag zu sagen. Ich habe das als meine Pflicht angesehen, als ich den Posten als Regierungspräsident übernahm, zu den Kreisvertretungen zu gehen oder wenigstens die Herren Landräte zu bitten, eine Abordnung zusammenzuführen, damit ich mich vorstellen könnte. Wenn Ihr zukünftig Wünsche und Sorgen habt, die bei mir erledigt werden können, so bin ich immer bereit, das Erdenklichste zu tun und mein möglichstes dazu beizutragen. Ich habe kein Interesse daran, die Selbstverwaltung irgendwie anzutasten, im Gegenteil, ich selbst bin aus der Selbstverwaltung hervorgegangen. Immer war mir der Begriff der Selbstverwaltung ein Heiligtum. Ich habe immer wieder gewünscht, daß doch dieser Begriff praktisch wirksam würde. Jawohl, Selbstverwaltung ist eine hohe Pflicht, sie heißt Verantwortung. Und dann: Staatsaufsicht! Ohne eine allgemeine Aufsicht wird es nicht gehen, und ich halte sie für gut, wenn nur bei jeder Gelegenheit der Begriff der Selbstverwaltung respektiert wird. Bei der Selbstverwaltung kommt es in erster Linie darauf an, daß jede einzelne Zelle gesund ist.

Ich will nicht lange reden, denn es soll ja nur eine Vorstellung sein der Person, die Sie zu einem guten Teil aus langjähriger Arbeit kennen und von der Sie wissen, daß sie sich bemühen wird, das zu tun, was das Richtige ist. Ich habe den Posten des Regierungspräsidenten nicht übernommen aus irgendeiner persönlichen Neigung, ebenso gut hätte ich bei meinem Alter ja auch abgehen können. Ich habe ihn auch nicht übernommen, um irgendeiner Persönlichkeit im Wege zu stehen, sondern weil ich eine Aufgabe lösen wollte, nun, nachdem Lippe zu Westfalen gekommen ist, dieses Gebiet auch anwachsen zu lassen im Lande Nordrhein-Westfalen. Eine schöne Aufgabe! Ich glaube, ich werde sie mit am besten lösen angesichts der langen Verwandtschaft mit diesen Dingen. Ich kenne diese Bevölkerung auf Herz und auf Nieren, ich bin mit ihr verwachsen und habe ihre Sorgen und Nöte kennengelernt. Ich habe in Brotschlangen gestanden und gehört, wie den Hausfrauen ums Herz ist. Ich wußte es ja schon selbst! Ich kann wohl sagen, daß ich in langen Jahren mit dieser Bevölkerung gelebt und auch gelitten habe. Daraus wachsen meine Erfahrungen und meine Erkenntnisse der Notwendigkeiten hervor.

So fasse ich das Amt des Regierungspräsidenten auf,

einer gesunden Selbstverwaltung nicht aufdringlich

sein, sondern leise und zart zu fördern suchen, daß sie rein und unantastbar bleibe, jedoch einzugreifen wo es sein muß und wo man das Recht dazu hat. So habe ich in vielen Fällen durch gütiges Zureden erreicht, was erreicht werden mußte, durch klare Erkenntnisse, was sein kann und nicht sein darf. Das gilt allgemein für die Verwaltung. Wenn ich strenge Grundsätze habe, so tut es mir leid, ich kann es jedoch nicht ändern. Ich glaube aber doch, damit durchkommen zu können.

Ueber meine Aufgaben in wirtschaftlicher Hinsicht brauche ich nicht zu reden. Meine erste Aufgabe ist, die Erzeugung zu fördern. Argentinischer und kanadischer Weizen soll uns hoch willkommen sein. Aber wenn wir es fertig bekommen, mehr deutschen Weizen zu produzieren, so ist das eine wirksamere Hilfe.

Ich vergesse nicht, was General Templer am 13. 10. 1946 auf einer Konferenz gesagt hat: „Ihr Deutschen dürft nicht glauben, daß das, was Euch geliefert wird, geschenkt würde. Ihr müßt arbeiten und zahlen!" Jawohl! Das ist an richtiger Stelle gesagt. Ich habe in Detmold erklärt:

Bettlervolk, ja, Lausevolk!

Aber das darf nicht sein, dafür wollen wir uns für zu gut halten. Wir wollen arbeiten, so wie es unsere Pflicht und Schuldigkeit ist, wir wollen unser Unrecht einsehen und uns klar darüber sein, daß wir die Pflicht und die Aufgabe haben, uns dem Ausland gegenüber als ein arbeitsfreudiges, gewissenhaftes und pflichttreues Volk zu zeigen.

In der heutigen Notzeit müssen alle zusammenhalten, jeder muß die Not erkennen und sich in die Reihe der Schaffenden stellen, denn: wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.

Als zweite große Aufgabe habe ich mir vorgenommen, für die im Industriegebiet ausschlackende Bevölkerung hier ein Erholungsgebiet zu schaffen. Ein paar Worte:

Was ist Demokratie?

Die Frage ist nicht ganz richtig gestellt. Was versteht der Einzelne unter Demokratie? Demokratie, das ist kein Formelkram, das ist der Weg, wie man sein Leben führt, und wenn es in der besten Form geschieht, ist man der beste Demokrat. Und ich möchte hinzusetzen: den persönlichen Demokraten müssen Sie herausstellen, dann wird Demokratie! Wenn sie das nicht tun, bekommen Sie sie nicht. Sie müssen weniger sehen auf das Aushängeschild und viel mehr auf die Person, was sie tut, mit dem Mund, wenn sie redet, mehr noch, wenn sie arbeitet. Wer gute Nachbarschaft hält, der taugt etwas und ist ein guter Demokrat. Wenn Sie darauf achten, daß die besten Kerls herausgestellt werden, dann wird die kleine Zelle der Selbstverwaltung gedeihen, wie ja auch die Partei die beste ist, die die besten Männer und Frauen herausstellt. Dann ist das Problem gelöst! Die Welt muß erkennen, daß an diesen Stellen die guten Menschen sitzen. Diese Menschen dürfen sich nicht aussondern, sondern müssen ein gutes Beispiel geben. Dann ist Demokratie eine Selbstverständlichkeit! Dann sind wir mitten im demokratischen Leben!

Das Versprechen gebe ich Ihnen, Sie werden sich auf mich verlassen können in allen Dingen, die überhaupt getan werden können. Aber übermenschliche Forderungen dürfen Sie nicht stellen.

Landrat Baurichter dankte Herrn Regierungspräsident Drake für die warmen Worte, die er gesprochen hat: Sie haben uns als Freunde angeredet, und ich bin der Ueberzeugung, daß Sie in Ihrer Praxis auch als Freund handeln werden.

Abg. Deppermann: Wenn ich den Bericht des Landrats über die Lage im Kreise Bielefeld im Zusammenhang mit der Lage in der Welt einer Betrachtung unterziehe, dann müssen wir feststellen, daß es die menschliche Unvernunft ist, die das Zepter über alle Völker schwingt. Wir haben namentlich in unserer Zone einen Zustand, wo der Hunger in einem Maße vorherrscht, daß eine ordentliche Verwaltung überhaupt nicht aufrecht zu erhalten ist. Mit Palliativmitteln kann man diesen Zustand nicht ändern, und wir müssen auch endlich einmal aus diesem Zahlenspiel von Kalorien heraus. Nur wenn das erreicht ist, sind wir auch in der Lage, den Schwarzmarkt wirksam zu bekämpfen. Die Hungerkrise, die wir im Augenblick durchleben, ist auch von deutschen Menschen verschärft worden, das müssen wir erkennen. In demselben Maße, wie die Lebensmittel dem Schwarzen Markt zugeführt werden, verschwinden sie in der rationierten Wirtschaft. Wir können es aber nicht dulden, daß von der Ernährungsdecke, die ganz zweifellos zu kurz ist, ein Teil der Deutschen sich so viel abschneidet, daß er in der Lage ist, fast friedensmäßig zu leben. Ich begrüße die Ausführungen des Landrats, daß diejenigen, die sich auf dem Schwarzen Markt gewissenlos betätigen, dahin kommen, wo sie hingehören, nämlich hinter Schloß und Riegel! Der Beifall hat bewiesen, daß Sie mit diesen Ausführungen einverstanden sind. Minister Lübke hat im Landtag ein neues Erfassungssystem bekanntgegeben. Wir beantragen, daß möglichst bald der Ernährungsausschuß einberufen wird und zusammen mit der Kreisbauernschaft berät, wie dieses Erfassungssystem durchgeführt werden soll. Es ist in der letzten Zeit sehr oft von einer Krise der Demokratie gesprochen worden, die zweifellos dadurch verursacht worden ist, daß wir auf einem solchen Ernährungsniveau stehen, das eigentlich gar nicht mehr mit Niveau bezeichnet werden kann. Eine andere Ursache für die Krise der Demokratie ist, daß ein großer Teil unserer Bevölkerung heute der personellen Zusammensetzung unserer Verwaltung mit außerordentlich starkem Mißtrauen gegenübersteht. Nicht immer hat unsere ratsuchende Bevölkerung bei allen Verwaltungsstellen unseres Landes die nötige Unterstützung gefunden. Ich weiß, in der heutigen Zeit sind alle Menschen außerordentlich aufgeregt. Aber ich bin der Ueberzeugung, daß nur der Angestellte und der Beamte seiner Aufgabe gewachsen ist, der in der Lage ist, auch ein unhöfliches Publikum zu bedienen, und der dann die Nerven nicht verliert. Ich möchte auch an alle Angestellten und Beamten des Landratsamtes die Bitte richten, durch ihr Vorbild, durch ihr Beispiel das schwere Los der Bevölkerung zu erleichtern. Es muß so sein, daß auch bei unangenehmen und abschlägigen Bescheiden, die Bevölkerung trotz allem sieht, hier steht ein Mann in der Amtsstube, der ein warmes Gefühl und ein mitfühlendes Herz für die Nöte der Bevölkerung hat. Die Kreisverwaltung möchte ich

---

Wegen dringender Jahresabschlußarbeiten

bleibt die Stadthauptkasse in der Zeit vom 12. bis einschl. 18. Juni 1947 für jeden Publikumverkehr geschlossen. Die Auszahlung der Sonderbeihilfe für Flüchtlinge am 12. und 13. Juni 1947 wird auf Grund der bereits erfolgten Ankündigung vorgenommen.

Stadt Bielefeld — Stadthauptkasse.

Meldung kulturschaffender Vertriebener.

Alle kulturschaffenden Vertriebenen werden aufgefordert, ihre Anschrift mit kurzen Angaben über ihre bisherige Tätigkeit unmittelbar an das Sozialministrium des Landes Nordrhein-Westfalen — Landesflüchtlingsamt — in Düsseldorf, Landeshaus, einzusenden.

Kreisflüchtlingsamt Bielefeld-Land.

Gepäckrückführung aus der russischen Zone.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß alle Anfragen betreffs Gepäckrückführung an die Stadtverwaltung — Flüchtlingsamt — Zi. 8, Elsa-Brändström-Straße (Baracke) zu richten sind.

Spenden

für die Sammlung zugunsten der Opfer des Naziregimes bitten wir einzuzahlen bei der Stadthauptkasse Bielefeld — Verwahrungs-Rechnungskonto 42, bei der Stadtsparkasse Bielefeld — Konto Nr. 2664, bei der Kreissparkasse Bielefeld — Konto Nr. 14 793.

Wohlfahrtsamt der Stadt Bielefeld.

Spende
für den Wiederaufbau der Landesuniversität Münster.

Die Stadtverwaltung hat zur Entgegennahme der Spendenbeträge je ein Sammelkonto: bei der Stadthauptkasse Bielefeld — Verwahrungs-Rechnungskonto 43 "Spende zum Wiederaufbau der Landesuniversität Münster", bei der Stadtsparkasse Bielefeld, Konto Nr. 2669, bei der Kreis-Sparkasse Bielefeld, Konto Nr. 14 792 eingerichtet.

Wohlfahrtsamt der Stadt Bielefeld.

bitten, daß sie alles das, was der Bevölkerung zu sagen ist, in eine höfliche Form kleidet. Dann trägt die Verwaltung auch dazu bei, die innere Krise der Demokratie mit überwinden zu helfen.

Abg. Fissenewert: Wenn auch die Ernährungs- und Wirtschaftskrise und die Zerrissenheit Deutschlands noch ärgere Formen annehmen, so ist doch ein Lichtblick in der heutigen Sitzung der, daß wir endlich aus dem Zustand des Appellierens an die Vernunft herauskommen zu Maßnahmen. Wenn wir aus Worten Taten machen, glaube ich, daß es, wenn auch nicht alles damit behoben wird, doch zu einer merklichen Beruhigung kommt. Der Hunger ist erträglicher, wenn wir ihn gemeinsam erdulden. Ich halte alle Maßnahmen auf diesem Gebiete (Tätigkeit der Kontrollausschüsse) für richtig. Diejenigen, die es noch nicht begriffen haben, oder glauben, aus der Not der Zeit noch Geschäfte machen zu können, müssen mit anderen Mitteln dazu gebracht werden, sich in Reih und Glied zu stellen, weil sie genau so den Krieg verloren haben wie die anderen. Ich möchte noch etwas zu den Wohnungsfragen sagen und vorschlagen, soweit tragbar, eine Lockerung dahingehend durchzuführen, um Werkswohnungen für Werksangehörige zur Verfügung zu stellen.

Zur Hebung der Landwirtschaft ist die Frage der Wasserentnahme in der Senne aufgeworfen worden. Dieses Kapitel ist so alt, so lange Wasser durch die Stadt entnommen wird. Man könnte vielleicht in etwa Abhilfe schaffen, wenn man die Abwässer der Stadt trotz der Bergschwierigkeiten in die Senne leiten würde, natürlich nicht ausgerechnet dorthin, wo Wasser entnommen wird, sondern auf Geländeflächen, die heute brach liegen. Es ist augenblicklich kaum diskutabel, daß der Kreis oder die Gemeinden Grundstücke veräußern. Aber wegen der Notwendigkeit des Siedelns müßten Gemeinden und Kreis sich über solches Gelände klar werden, das für Siedlungen in Frage kommt. Das Gelände müßte an Siedlungslustige in Pacht gegeben werden. Diese Maßnahme würde sicherlich bei vielen Vertriebenen neuen Lebensmut aufkommen lassen.

Zum Brennstoff: Für den kommenden Winter muß alles getan werden, um sämtliche Brennstoffe — außer Holz — im größten Umfange heranzuschaffen, damit Holz nur im äußersten Notfalle verbraucht wird.

Abg. Grabe: Hinsichtlich der Wohnraumbewirtschaftung bestehen Differenzen in allen Gemeinden. Die Wohnverhältnisse sind bei vielen Familien im Landkreise derart primitiv, daß wir diese Verhältnisse aus rein gesundheitlichen Gründen auf die Dauer nicht mehr verantworten können. Als Schwarzgänger kamen anfangs nur Einzelgänger zu uns, aber in letzter Zeit sind ganze Familien gekommen. Dieser Zustand ist auf die Dauer nicht zu vertreten. Der Kreiswohnungsausschuß hat in einer vom Landrat vorgetragenen Entschließung beantragt, keine weiteren Schwarzgänger mehr aufzunehmen. Ich möchte bitten, dieser Entschließung zuzustimmen.

Abg. Specht: Wenn draußen vor den Lebensmittelgeschäften die Menschen nach Brot anstehen und sie von einem Geschäft zum anderen laufen, um sich Brot zu ergattern, dann ist es unverantwortlich, wenn in die Bevölkerung Gerüchte hineingetragen werden, daß die Mühlen voll Mehl säßen, sie gäben es nur nicht heraus. Wir haben uns oft im Kreistage mit der Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse beschäftigt und verlangt, daß das Soll richtig eingesetzt werden müßte. Im Hinblick auf die kommende Ernte erscheint es mir zweckmäßig, daß einmal im Ernährungsausschuß mit einer Vertretung der Kreisbauernschaft über das neue Punktsystem diskutiert wird. Ich möchte dazu folgenden Antrag stellen: „Um zu einer gerechten Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu gelangen, wird der Ernährungsausschuß des Kreises beauftragt, sich mit den neuen Ablieferungsbestimmungen eingehend zu beschäftigen. Die Unterlagen sind von der Kreisbauernschaft anzufordern. Der Ernährungsausschuß hat die Frage zu prüfen, inwieweit es möglich ist, durch Offenlegung von Listen in Gemeinden und Aemtern über das Ablieferungssoll und die tatsächliche Ablieferung zu einer möglichst hohen Ablieferung zu gelangen. Entsprechede Vorschläge sind dem Kreistag und der Regierung zu unterbreiten."

Abg. Specht erörtert noch einmal die bereits diskutierte Verpachtung einer Landwirtschaft, die vollständig daniederlag und führte dazu aus: Wir haben das Recht, das, was wir nicht als richtig empfinden, offen zum Ausdruck zu bringen. Und hier liegt ein krasser Fall vor. Die Auswirkung ist wie folgt: 5 Personen sind Vollselbstversorger in Brot, sie erhalten 9000 g, während der Normalverbraucher nur 6500 g erhält. 6 Personen erhalten 400 g Butter und Fett, während der Normalverbraucher 200 g erhält. 9 Personen sind Vollselbstversorger in Fleisch und bekommen 2600 g, während der Normalverbraucher 400 g erhält. Das sind gewaltige Unterschiede, die nicht verantwortet werden können. Ich will darauf hinweisen, daß trotz der Verpachtung des Hofes die Dinge so liegen, daß der Pächter mit seiner Kartoffelablieferung mit 230 Ztr. im Rückstand ist. Der Eigentümer bekommt also dafür, daß er seine Besitzung verludern ließ, eine Prämie. Wir müssen diese Angelegenheit unter allen Umständen dem Ernährungsausschuß überweisen. Sie haben in der Presse gelesen, daß jetzt die

Krankenversorgung in Brot

eingesetzt hat. Das hat zu falschen Auffassungen geführt und zu Mißbrauch Anlaß gegeben. Wir wissen nicht einmal, auf welche Marken dieses Brot ausgegeben werden soll, auf Lebensmittelkarte oder Atteste. Wenn auf Atteste, dann wird es Zeit, daß wir uns mit diesen Attesten einmal beschäftigen. Weder Kreisbauernschaft noch Ernährungsamt weiß, woher das Mehl für diese Zwecke genommen werden soll. Die Zuteilung lehnen beide Stellen ab. Es würde also nichts anderes übrigbleiben, als von den gesamten anfallenden Mehlmengen das Weizenmehl zu nehmen, wodurch natürlich das Brot für die arbeitenden Menschen bedeutend verschlechtert werden müßte, weil Weizenmehl nicht in genügender Menge vorhanden ist.

Landrat Baurichter meint, ob es nicht richtiger ist, anstelle des Ernährungsausschusses den vorher erwähnten Verbraucher-Ausschuß zu setzen und diesem die Funktionen des bisherigen Ernährungsausschusses mit zu übertragen, weil dann der Ausschuß auf eine breitere Grundlage gestellt wird. Zur Neuregelung des Erfassungssystems schlägt er vor, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung zu setzen, damit der gesamte Kreistag hierüber unterrichtet wird. Zur Selbstversorgung des Eigentümers des schlecht ablieferndes Betriebes stellt der Landrat richtig. Die Entscheidung über die Gewährung der Schlachtgenehmigung für den Hof ist auf Weisung des Landernährungsamtes Unna nicht vom Ernährungsamt A, sondern vom Ernährungsamt B getroffen worden.

Abg. Frau Landgraf wies darauf hin, daß schon jetzt mit dem Antransport von Brennmaterial, insbesondere von Kohlen, begonnen werden müßte, da nach den Erfahrungen des letzten Winters später ein Abtransport unmöglich sei. Der Bevölkerung sei Kohle versprochen worden, und es sei unbedingt erforderlich, dieses Versprechen zu halten, um

eine Demoralisierung zu verhindern.

Abg. Kunze: Es gehört zu den guten Gepflogenheiten des Kreistages, daß wir uns immer wieder bemühen, die Fragen des Landkreises unter größeren gesamtdeutschen Gesichtspunkten zu sehen. Wer die Rede des Landrats heute aufmerksam verfolgt hat, wird bemerkt haben, daß er diesen Grundsatz auch bei seinen langen Ausführungen befolgte. Zu einigen dieser Ausführungen möchte ich etwas ergänzend sagen: Die deutsche Wirtschaft ist total zusammengebrochen. Mit diesem Tatbestand müssen wir rechnen. Die Bevölkerung neigt naturgemäß dazu, Ursachen und Wirkungen oft zu verwechseln. Wenn Fälle vorkommen, daß Hausfrauen stundenlang vor einem Bäckerladen stehen, um dann zu erleben, daß schließlich doch ausverkauft ist, dann ist das in der Regel kein Verschulden der örtlichen Stellen. Es ist m. E. selbstverständlich, daß wir, wenn ichsüchtige Maßnahmen einer einzigen Firma zu einer Gefährdung der Brotversorgung der ganzen Stadt Bielefeld führen, diese Haltung und diese Maßnahmen nicht scharf genug verurteilen können. Wenn der Landrat mit tiefem Bedauern davon spricht, daß das Kompensationsgeschäft jetzt gewissermaßen zu einem bestimmten Teil gesetzlich erlaubt werden soll, dann ist diese Maßnahme auch im Augenblick die Konsequenz des totalen Zusammenbruchs. So grundsätzlich ich dem zustimme, was über die Frage des Unheils des Kompensationsgeschäftes gesagt worden ist, so glaube ich doch, daß es als Uebergangsmittel unvermeidbar ist, um das letzte Leben der Wirtschaft nicht ganz zu zerstören. Aber ich sehe jetzt einen Lichtblick, da nunmehr endgültig zwischen den Regierungen der englischen und amerikanischen Besatzungsmächte vereinbart worden ist, daß eine wirtschaftliche Zusammenlegung der beiden Zonen erfolgen soll. Bis jetzt war in Wirklichkeit nichts von echter Zusammenarbeit möglich, weil den

den Ländern übergeordneten Stellen bisher

keinerlei gesetzgebende und Exekutiv-Gewalt zustand. Sie konnten Beschlüsse fassen, und es war in das Belieben der einzelnen Länder gestellt, ob sie diese Beschlüsse anerkennen wollten oder nicht. Es ist vom Landrat Kritik geübt worden an Maßnahmen der Militärregierung. Wir wissen, das ist

keine Kritik negativer Art,

die das Ziel verfolgt, die Autorität der Besatzungsbehörden zu gefährden oder zu schwächen. Aber im Kreistag muß in aller Deutlichkeit gesagt werden im Hinblick auf die Bevölkerung, die dieses liest oder hört, es ist sehr leicht, heute in Deutschland Beifall zu bekommen, wenn man auf die Besatzungsmächte schimpft. Dazu gehört nicht viel. Aber es ist eine ganz besondere Verantwortung für jeden Volksvertreter, ganz gleich, ob er in der kleinsten Gemeinde oder im Landtag sitzt, dazu zu prüfen, was zu solchen Dingen gesagt werden muß, um einen positiven Weg zu zeigen und nicht die Masse der Menschen, die nun bequem, dumm oder faul ist und einfach sucht, wo kann sie schimpfen, in die Meinung zu versetzen, als ob wir, die gewählten Volksvertreter, auch unser Amt in solcher Primitivität oder Dummheit zu führen bereit wären. Vergessen wir nicht, daß erst zwei Jahre nach der Kapitulation vergangen sind, unter welch furchtbaren Verhältnissen sich der Zusammenbruch Deutschlands vollzog. Ich bin überzeugt, weiteste Kreise, etwa der englischen Militärregierung, werden mir zustimmen, wenn ich sage, hätten die Regierungen diese Situationen alle im voraus gewußt, würden sie manches anders geplant haben. Aber es ist ja ganz klar, daß Planungen, im Großen sorgfältig und von langer Hand vorbereitet werden müssen, und daß, wenn sich dann herausstellt, daß sie nicht durchführbar sind, man nicht einfach von heute auf morgen auf einen neuen Plan umschalten kann.

Durch die Berufung von Lord Pakenham für die britische Zon ist von der Militärregierung ein neuer Weg geöffnet worden. Zum anderen ist als ein positives Zeichen anzusehen, daß zwischen der amerikanischen und britischen Militärregierung eine Wirtschaftsvereinbarung zustande gekommen ist, die endlich den Anfang einer Planung ermöglicht. Wer sich mit großen wirtschaftlichen Fragen auch berufsmäßig befassen muß, weiß: wie unsagbar groß die Not ist. Wenn die Abgeordnete Frau Landgraf erwähnte, man sollte mit dem Kohlentransport nicht warten bis zum Winter, da die Straßen jetzt befahrbar seien, so möchte ich bemerken, daß die Zuteilungen an

Waggons für die Kohlentransporte

um weitere 40 Prozent gekürzt worden sind, weil über 50 000 Waggons in anderen Zonen sind und nicht herauskommen, und wir stehen vor der Frage, ob es uns überhaupt möglich sein wird, unter Einsatz aller Verkehrsmittel die uns im Monat Juni für den laufenden Bedarf zustehenden Mengen an Brennstoffen zu transportieren. Wenn Sie in die Industrie hineinhören, so müssen Sie feststellen, daß die Industrie vor folgender primitiver Frage steht: auf legalem Wege ist die mir zustehende Kohlenmenge nicht herzuschaffen, soll ich nun meinen Betrieb einen halben Monat lang schließen, um legal zu sein, oder soll ich mir durch irgend jemanden die Kohle beschaffen, dem ich 10—20 Prozent davon überlasse, um meinen Betrieb aufrechtzuerhalten? Die Masse der Bevölkerung in allen Schichten muß sich heute recht und schlecht durchhungern, und ich bin der Ueberzeugung, daß der Kreistag ohne Unterschied parteilicher Bindungen völlig eins ist in der Beurteilung des Schwarzmarktes. Wir müssen miteinander den Weg suchen, wie solche Dinge sauber und gerecht, aber auch im Sinne der Volksgemeinschaft ausgemerzt werden können. Wir stehen im Kreistag nach meiner Auffassung in einer besonderen Verantwortung, denn das, was im Kreistag des Landkreises Bielefeld geredet wird, das wird über den Raum des Landkreises Bielefeld hinaus gehört. Lassen Sie uns darum ganz eins sein, daß wir miteinander alle diese Fragen, die wir im Kreistag zu bearbeiten haben, unter diesem großen Gesichtspunkt miteinander betrachten und nicht fragen nach dem, was uns trennt, sondern nach dem, was die Not, in der wir stehen, von uns gemeinsam fordert.

Abg. Frau Zimmermann erklärte, daß der Ernährungsausschuß trotz seiner Wichtigkeit nicht getagt habe. Die Gründe seien ihr nicht bekannt. Sie wies dann darauf hin, daß die in Aussicht genommene

Zusammensetzung des geplanten Verbraucher-Ausschusses

bezüglich der Zahl der Kreistagsmitglieder nicht richtig sei. Es dürfte nicht nur ein Drittel

der Kreistagsmitglieder im Ausschuß vertreten sein.

Landrat Baurichter bemerkt hierzu, bei der Wichtigkeit der Ernährungsfragen seien diese nicht vor dem Ausschuß, sondern vor dem gesamten Kreistage behandelt worden, um die Erörterungen der Bevölkerung zugänglich zu machen. Solange die Schwierigkeiten auf dem Ernährungsgebiet weiter bestehen, sollte auch weiterhin so verfahren werden. Wenn die bestehenden Bestimmungen für die Heranziehung von Nicht-Kreistagsabgeordneten zur Mitarbeit zu wenig Raum bieten, müsse in besonderen Fällen über diese Bestimmungen hinweggegangen werden. Es sei nicht ratsam, daß die an sich schon überlasteten Kreistagsmitglieder sich allein mit ehrenamtlichen Aufgaben der Selbstverwaltung befassen.

Abg. Klöpper und Abg. Pott pflichteten dieser Ansicht des Vorsitzenden bei. Abg. Klöpper führte noch aus, daß die Beschlüsse der Ausschüsse ohnehin dem Kreistag zur Billigung vorgelegt würden.

Ein Vorschlag des Landrats, diese Frage dem Kreisausschuß zur Erledigung zuzuweisen, wurde einstimmig angenommen. Der Kreistag beauftragte ferner den Landrat einstimmig, durch die Kreisverwaltung scharfen Protest gegen die Schlachtgenehmigung für den Eigentümer des schlecht bewirtschafteten Hofes bei dem Landesernährungsamt in Unna zu erheben.

Landrat Baurichter: Ueber die Brennstoffversorgung haben Besprechungen mit den Aemtern stattgefunden. Die vorläufige Brennholzumlage ist verteilt, und der Brennholzeinschlag nimmt seinen Fortgang. Außerdem laufen die von der Kreisverwaltung abgeschlossenen Verträge zur Förderung von Schlammkohle weiter. Die Siedlungsfragen wurden bisher bei der Kreisverwaltung vernachlässigt, da ein Fachmann hierfür fehlte. Als Wiesen- oder Bodensultur-Baumeister ist nunmehr Herr Kube eingestellt worden und hat bereits entsprechende Arbeitsaufträge erhalten. Zu den Ausführungen des Abg. Kunze bezüglich der Kritik an den Maßnahmen der Militärregierung führte der Vorsitzende aus, daß die Stellung der deutschen Verwaltung gegenüber der Militärregierung in manchen Fällen ähnlich sei wie diejenige der Opposition im englischen Parlament, in dem auch jederzeit die Opposition an die Stelle der Regierung treten könne. Eine sachliche Opposition könne auch Erfolg haben, denn, so gab der Vorsitzende bekannt, bezüglich der

Zusammensetzung der Polizeiausschüsse

habe die Militärregierung ihre Ansicht geändert und sich damit einverstanden erklärt, daß die Landräte und Oberbürgermeister Mitglieder der Polizeiausschüsse seien. Er freue sich, daß der Kreistag mit dem von ihm vertretenen Standpunkt gegenüber der Militärregierung durchgedrungen sei.

Anschließend wurde der Antrag des Wohnungsausschusses über Verhinderung des Einströmens weiterer Schwarzgänger in den Landkreis Bielefeld einstimmig angenommen. Der Antrag Specht wurde dem Kreisausschuß überwiesen.

Punkt 2)

Bericht des Bauausschusses.

Abg. Generotzki: Die Anforderungen, die an die Bauwirtschaft heute und in den nächsten Jahren gestellt werden, sind groß. Es besteht dazu ein großer Mangel an Baustoffen und Bauarbeitern. Ich las dieser Tage in einer Zeitung eine Aufstellung, daß in Deutschland augenblicklich mehr als 10 Millionen Wohnungen fehlen. Rechnet man für die Herstellung einer Wohnung rund 6000 RM, so würden etwa 70 Milliarden RM Kosten für Wohnungsbau entstehen. Als Vergleichszahl wurde das Jahr 1929 zugrunde gelegt, eines der besten Baujahre. In diesem Jahre wurden 2880 Mill. RM. verbaut. Wenn wir diese Dinge betrachten, müssen wir einsehen, daß auf Lenkung und Planung nicht zu verzichten ist.

Der Ausschuß hat seine Wünsche in folgender Resolution niedergelegt:

„Der Bauausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Baumarktlage des Landkreises Bielefeld beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß mit den bisher zur Verfügung gestellten Mitteln ein planmäßiges Arbeiten unmöglich ist. Die katastrophalen Zustände auf dem Wohnungsmarkt in unserem Kreise sind bedingt durch die vielen im Bombenkrieg zerstörten Häuser. Aber durch die große Zahl von Flüchtlingen, die in unserem Kreise untergebracht werden mußten, entsprechen die Wohnverhältnisse in vielen Fällen nicht mehr den primitivsten Anforderungen, und tragen den Keim der Unzufriedenheit in sich. Der Bauausschuß sieht es als seine dringlichste Aufgabe an, Wohnungen zu bauen. Es widerspricht aber der sozialen Denkungsweise der Bauausschußmitglieder, wenn nicht dringliche Bauten erstehen und der Wohnungsbau wegen einer zu

geringen Zuteilung von Baustoffen

stilliegt. Bei 90 Prozent der zu genehmigenden Anträge werden die Baumaterialien als vorhanden angegeben. Es handelt sich aber in jedem Fall um solche Antragsteller, die die Möglichkeit zum Kompensieren haben, oder solche, die die Baumaterialien auf dem „Schwarzen Markt" kaufen. Der Bauausschuß ist nicht gewillt, diese Dinge zu unterstützen. Aber eine Unterbindung dieser Anträge auf der Kreisbasis würde nur dazu führen, daß diese Baustoffe in die Nachbarkreise abwanderten. Der Bauausschuß bittet den Kreistag, über die Kreisverwaltung eine Eingabe an den Landtag zu machen, die darauf hinausgeht, daß eine

wirksame Kontrolle der vorhandenen Baustoffe

durchgeführt wird, und die vorhandenen Materialien planvoll und in größeren Mengen den Bauämtern zur Verfügung gestellt werden."

Zur Frage der Bauarbeiter führt Abg. Generotzki aus: Trotz des großen Bauarbeitermangels im Landkreis Bielefeld hat es das Arbeitsamt für nötig gehalten, einen großen Teil unserer Bauarbeiter nach der Stadt Bielefeld zu verpflichten. Es handelt sich dabei um 22 Maurer, 1 Zimmermann, 2 Hilfsarbeiter. Es wäre auch da der Wunsch des Bauausschusses, daß von dem Kreistag alles getan würde, damit wir unsere eigenen Arbeiter wieder bei uns einsetzen können. Z. Zt. sind bei uns beschäftigt 160 Facharbeiter und 80 Hilfsarbeiter. Bis Dezember 1946 sind folgende Materialien zugeteilt worden: 149 500 Mauerziegel, 63 290 Dachziegel, 250 to Zement, 125 to Kalk, 10 to Gips, 6405 qm Dachpappe, 4862 qm Fensterglas, 168 Bauplatten, 19 to Eisen, 2 to Kreide, 5 qm Gärtnerglas. Für das Jahr 1947 wurden zugeteilt: 409 qm Glas, 3 to Eisen, 42 cbm Holz, 45 Keramikteile. Daraus können Sie sich ein Bild machen von all den Schwierigkeiten. Deshalb haben wir den Beschluß gefaßt, die Baugenehmigung zu erteilen, wenn das Material vorhanden ist bei Wohnungsbauten. Wir haben es jedoch abgelehnt, mit diesem Material zu kompensieren, d. h. wir machen nicht die Baugenehmigung von einer Materiallieferung durch den Bauherrn abhängig.

Landrat Baurichter fragte den Berichterstatter Generotzki, ob der Bauausschuß einen Beschluß gefaßt und diesen zur Veröffentlichung der Kreisverwaltung weitergegeben habe, wonach für die Zeit von drei Monaten keine Bauanträge angenommen werden sollten. Diese Frage wurde von dem Abg. Generotzki bejaht und ergänzend hinzugefügt, daß eine so große Anzahl von Anträgen vorliege, daß eine ordnungsgemäße Bearbeitung und Planung nicht möglich sei. Ueber dringende und wichtge Anträge werde aber trotzdem in den drei Monaten entschieden werden. Hierauf erwiderte der Vorsitzende, daß bei Beschlüssen von grundsätzlicher Bedeutung und von solcher Wichtigkeit die Zustimmung des Kreistages herbeigeführt werden müsse. Der Antrag des Bauausschusses, über die Strafverfolgung eines Bausünders zu beschließen, erübrige sich, da bei Vorliegen von strafbaren Handlungen von Amts wegen eine Bestrafung in die Wege geleitet würde.

Abg. Frau Landgraf schlug vor, Schuppen und Lagerhäuser, die ohne Genehmigung errichtet wurden, nicht abzureißen, sondern sie Wohnzwecken nutzbar zu machen. **Abg. Holtgrebe** betont, daß vor allem der Wohnungsbau dringlich sei. **Abg. Deppermann** stellte zur Geschäftsordnung den Antrag, wegen der Kürze der Zeit die restlichen Punkte von der Tagesordnung abzusetzen und sie in der nächsten Sitzung des Kreistages wieder mit auf die Tagesordnung zu setzen, da sie wegen ihrer Wichtigkeit in der Eile nicht erledigt werden könnten. Er erklärte sich gegen jede Art von „Galopp-Demokratie". — Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Abg. Krome kam zurück auf das Bauproblem und vertrat die Ansicht, daß die Frage des

Abbrechens von Gebäuden aus Prestigegründen

sehr ernst genommen werden müßte. Wenn man allerdings sich klar mache, wie groß in Stadt und Land die Wohnungsnot sei, in welchen Wohnverhältnissen manche Familien leben, so könne man einem Abbruch eines Gebäudes nicht ohne weiteres seine Zustimmung geben. Nur in Fällen, wo Schuppen u. dgl. zu Notwohnungen nicht umgebaut werden könnten und sie auch in keiner anderen Weise zu verwerten seien, würde er einem Abbruch zustimmen. Bei dem unbefugten Bau von Wohnungen habe die Gemeinde die Machtmittel in der Hand, in diese Wohnungen Leute einzuweisen.

Abg. Brinkmann stellte die Frage: Wer baut heute? Nach seiner Ansicht sind das in erster Linie ehemalige Parteigenossen und Geschäftsleute. Der Vorsitzende gab daraufhin die prozentuale Verteilung der Anträge auf die verschiedenen Gruppen bekannt. Wohnungsbau = 37,4 Prozent, Wohn- und Wirtschaftsgebäude = 6,7 Prozent, landwirtschaftliche Gebäude = 13,4 Prozent und gewerbliche Gebäude (u. sonst.) = 25,2 Prozent, zurückgestellt und abgelehnt 17.3 Prozent.

Nach Ansicht des **Ab. Fissenewert** ist es dringend notwendig, einmal durchzugreifen und auch sich zu einem Abbruch zu entschließen, wenn eine andere Verwendung nicht möglich ist. Der Vorsitzende machte den Vorschlag, den fraglichen

Schuppen in Brackwede an der Hauptstraße

zunächst der Gemeindeverwaltung zur Verwertung zur Verfügung zu stellen. Sollte die Gemeinde Brackwede keine Verwendung für den Schuppen haben, so könne dann noch über den Abbruch beschlossen werden.

Abg. Möller zu Beckendorf gab seinem Be-

Abg. Möller zu Beckendorf gab seinem Beohne Genehmigung vollendet werden kann.

Abg. Generotzky bestätigte, daß bei jedem Baugesuch eine eingehende und genaue Prüfung — sogar teilweise durch örtliche Besichtigung — vorgenommen werde.

Der Vorsitzende ließ über die Anträge abstimmen:

1. Soll der Lagerschuppen Dopheide an der Hauptstraße in Brackwede abgebrochen werden? Ergebnis der Abstimmung: 22 Stimmen für den Abbruch, 10 Stimmen gegen den Abbruch, 3 Stimmenthaltungen.

Zwischenruf des **Abg. Schwabedissen:** „Lieber den Schuppen abreißen als die Demokratie!"

Landrat Baurichter: „Wenn es so wäre, würden Sie mit dem Schuppen die Demokratie auch nicht retten!"

Abg. Deppermann: Nachdem mit diesen Zwischenrufen die Debatte noch einmal eröffnet ist, lege ich Wert darauf grundsätzlich folgendes festzustellen: Ein Abbruch des Schuppens erscheint vielleicht manchem als eine Maßnahme, die man vermeiden könnte. Wir wissen aber, daß ein großer Prozentsatz unserer Bevölkerung heute glaubt, den Anordnungen der Behörden nicht Folge leisten zu brauchen. Wir leben in Verhältnissen, die einer Sabotage behördlicher Maßnahmen gleichkommen. Im Weimarer Staat haben wir dieselbe Situation gehabt. Weil man es dort an Energie fehlen ließ, wurde letzten Endes die Demokratie zu Grabe getragen. Ich bin der Ueberzeugung, es ist besser, man bricht einen Schuppen ab, als daß die Demokratie zugrunde geht. Um der Demokratie eine Autorität zu geben, die sie haben muß, halte ich es für richtiger, daß wir auf dem Standpunkt stehen, der Schuppen wird abgebrochen, damit alle Rechtssünder sehen, wir sind nicht gewillt, uns auf der Nase herumtanzen zu lassen.

Die Demokratie ist keine politische Form von Knochenerweichung.

Wir müssen ihr Eisen ins Blut geben, damit sie Bestand hat. Wir werden denjenigen Menschen, die sich konstant den behördlichen Anordnungen widersetzen, beweisen, daß die Demokratie stark genug ist, sie zur Rechenschaft zu ziehen.

Landrat Baurichter: Im Grundsatz bin ich mit den Ausführungen des Abg. Deppermann einverstanden. Wir müssen nur, wenn wir ein Exempel statuieren wollen, uns die geeigneten Mittel hierfür aussuchen. Mit halben Maßnahmen wird nichts erreicht. Und wenn schon Maßnahmen durchzuführen sind, dann nur in solchen Fällen, in denen die Mehrheit der Bevölkerung für die harten Verwaltungsmaßnahmen Verständnis aufbringt. Der Abbruch des Schuppens ist eine Maßnahme, für die in der gegenwärtigen Situation ein großer Teil der Bevölkerung nach meiner Meinung kein Verständnis aufbringen wird. Ich habe deshalb gegen den Abbruch gestimmt.

Nunmehr ist abzustimmen über den zweiten Antrag: Soll gegen die Bausünder Landwehrmann in Milse Anzeige erstattet werden? Ergebnis der Abstimmung: 10 Stimmen gegen den Antrag, 3 Stimmenthaltung. Bei der folgenden Abstimmung wurde die Entschließung des Bauausschusses einstimmig angenommen.

Zu Punkt 4)

Neuwahl eines Kreistagsmitgliedes

anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Reinke, Senne II, wurde von den drei Vorgeschlagenen (2 Männer, 1 Frau) einstimmig Frau Luise Siebrasse, Senne II, gewählt.

Die Sitzung wurde um 19.10 Uhr geschlossen.

Lizenzträger: Arthur Ladebeck, Bielefeld.
Für den Inhalt verantwortlich: Presseamt der Stadtverwaltung (für alle städtischen Veröffentlichungen) und die Kreisverwaltung (für die Veröffentlichungen des Landkreises)
Druck und Vertrieb: J. D. Küster Nachf. in Bielefeld.